

Volkswohlt

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Abzugspreis: Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Kurze 4/6, durch die Filial-Expeditionen, Neue Graupenstr. 5, durch die Zweig-Expeditionen, Hauptstr. 140, sowie durch alle Buchhandlungen, Postämter und Verlagsstellen zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu erheben. Abzugspreis monatlich 1.00 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.00 Goldmark.

Organ für die wertfällige Bevölkerung
Verlagort und Hauptgeschäftsstelle: Dresden 2
Hauptredaktion: Ortschaftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 3852

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 12 Pf. Belegten unter Tag, 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Eheschließungen, Verlobungen, Besondere- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Filialstellen abgegeben werden.

Locarno vor den Westparlamenten.

Annahme im englischen Unterhaus.

London, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion der Arbeiterpartei beschloß die Ratifikation des Vertrages von Locarno ohne Zustimmung zu geben. In dem am Mittwoch abgehaltenen Unterhaussitzung zu dem Antrag der Regierung auf Ratifikation, eingebrachten Zustimmungserklärung für die Arbeiterpartei mit den Schiedsgerichtsklauseln des Vertrages und dem besondern Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befreit. Weiter wird in dem Vertrag bedauert, daß in Locarno endgültige Bestimmungen zur Prüfung nicht getroffen wurden. Schließlich spricht die Labour Party die Erwartung aus, daß bald Maßnahmen getroffen werden, um den Eintritt Rußlands in den Völkerbund herbeizuführen.

Locarno in der belgischen Kammer.

Brüssel, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Außenminister Genesse Vandervelde gab am Donnerstag in der Kammer eine Erklärung über die Verhandlungen von Locarno und deren Ergebnis ab. Er äußerte unter anderem aus Locarno gebe Belgien eine Sicherheit im Geiste des Versailler Protokolls, das ganz anderer Art sei als das Schiedsgericht mit Frankreich und das früher erhaltene Schiedsgericht mit England. Die Ratifikation des Vertrages durch Deutschland könne trotz der inneren Schwierigkeiten geschehen. Die „Klauseln“ auf das belgische Gebiet würden in Kraft treten, sobald der Vertrag von Locarno unterzeichnet sei. Eine Verlängerung der Verhandlungsdauer der belgischen Gebiete kommt vorläufig nicht in Frage. Wünschenswert wäre, daß eine baldige allgemeine Abrüstung unbedingt notwendig sei. Es wäre eine geistliche Mission, zu glauben, daß es möglich sei, ein reiches, starkes Land einseitig zur Abrüstung zu zwingen, während dessen flüchtige Feinde bis an die Zähne bewaffnet blieben. Nur eine allgemeine Entwaffnung, eine Entwaffnung von ganzem Herzen könne allen Staaten der Welt Sicherheit geben.

Der Kampf um den Frieden in der französischen Kammer.

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag begonnene Generaldebatte über die Finanzanlagen in der Kammer hat bisher nur Gegner des von der Regierung eingebrachten und von der Finanzkommission der Kammer fast mobilisierten Gegenwurfs zu Wort kommen lassen. Das einzige bemerkenswerte daran ist, daß es sich dabei keineswegs nur um Mitglieder der Opposition gehandelt hat, sondern auch die beiden radikalsozialen Abgeordneten ebenso wie der Vertreter der republikanischen Sozialisten schärfste Kritik an der Vorlage geübt haben. Es zeigt sich also, daß trotz der Willen der Gruppen der Linken getroffenen Vereinbarung, die Zustimmung zu der Vorlage unter Fraktionszwang zu stellen, mit aller ganzen Anzahl von Dissidenten im bürgerlichen Lager des Reiches gerechnet werden muß. Insbesondere sind es die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Verkleinerung der staatlichen Renten und Anleihen, sowie die in Aussicht genommene Erhöhung der außerordentlichen Abgabe durch Einführung einer Art Hypothek auf den Grundbesitz, die in den Reihen der bürgerlichen Linken Gruppen aufwachsende Gegenwehr zeigen. So daß schon jetzt nur der Möglichkeit gedenken werden muß, daß für die einschlägigen Artikel der Vorlage eine ausreichende Mehrheit nicht mehr vorhanden ist. Die Zustimmung würde sich auch angesichts der von rund 1000 Millionen zur Verfügung stehenden Mittel des Staatsschatzes in Frage stellen. Allerdings dürfte es kaum der Mühe der nächsten Woche zu der notwendigen Zustimmung kommen.

Das Reichskabinett unter Hindenburgs Vorsitz endgültig für Locarno.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die Beratung über die außenpolitische Lage abgeschlossen. Der Reichsminister des Auswärtigen hat die Beauftragung, die erforderliche Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften auszuarbeiten. Die Beschlußfassung über die Vorlage wird nach der zum Donnerstag einberufenen Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder erfolgen. Der am Donnerstag vormittag in Berlin zusammen tretenden Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder wird die vom Reichsminister des Auswärtigen ausgearbeitete Vorlage über die Zustimmung des Reichstages zu dem Vertrag von Locarno bereits vorliegen.

Damit hat sich die Reichsregierung nach Kenntnis der vorläufigen „Mittlungen“ grundsätzlich für die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno ausgesprochen. Sie handelt hierbei in voller Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Für ihn, den gesprochenen „Retter“ ist annehmbar, was die Deutschnationale Partei als „unannehmbar“ bezeichnet.

Unvollständige Veröffentlichung der Luther-Schlesischen Entwaffnungsnote.

Die Reichsregierung hat am Dienstag abend die Veröffentlichung der „Luther-Schlesischen Entwaffnungsnote“ durch den Reichspräsidenten mit der Veröffentlichung der Konferenz über die Entwaffnungsbedingungen der alliierten Mächte übergeben. Es handelt sich hauptsächlich um eine Antwort auf die Resolution der Völkerbundkonferenz, die am 4. Juni in Berlin überlegt und am 6. Juni veröffentlicht wurde. In dieser vom 23. Oktober 1925 datierten und von den deutschnationalen Ministern gefälligen Note stellt die Reichsregierung allgemein fest, daß ein wesentlicher Teil der von der Völkerbundkonferenz ausgesprochenen Entwaffnungsbedingungen erfüllt ist. Der Note wurde eine Anlage beigelegt, die in allen Einzelheiten „ein genaues Bild des augenblicklichen Standes“ der Entwaffnungsfrage gab. Aber während der an sich nicht schlüssigen Notizwörter der Deutschnationalen zur Veröffentlichung der Note, verweigert die Regierung bisher auf die Veröffentlichung der vier Listen, in denen unter dem 23. Oktober, also zu einer Zeit, wo die Deutschnationalen noch in der Regierung saßen, der Stand der Entwaffnungsfrage niedergelegt und festgelegt wurde, mit welchem Eifer die „richtige Regierungspartei“ die Forderungen des „Reichspräsidenten“ erfüllt hat.

Warum diese Note als unvollständige veröffentlicht wurde? Fürchtet sich die Regierung ihrer Handlungsweise? Oder handelt sie wieder einmal aus solcher Rücksichtnahme auf die Deutschnationalen? Die Veröffentlichung hat jedenfalls ein Anrecht darauf, zu erfolgen, welche Forderungen der Völkerbundkonferenz bis zum 23. Oktober von der in diesem Maße deutschnational beherrschten Regierung auf Verlangen der Entente erfüllt wurden. Sie muß am so sehr auf diesem Anrecht bestehen, als die gesamte deutschrationale Presse heute bereits wieder gegen die Erfüllungspolitik tritt, während es keine Regierung geben hat, die alle Forderungen der alliierten Mächte zuverlässig und prompt erfüllt hat als das von den Deutschnationalen beherrschte Kabinett Luther-Schlesien.

In der Note der Völkerbundkonferenz vom 4. Juni, deren Forderungen in der heutigen Antwort vom 23. Oktober — Antritt der deutschnationalen Minister am 25. Oktober — zum größten Teil erfüllt bezeichnet wurden, wurde unter anderem die Herstellung von Artilleriematerial und bestimmten Eisenbahnen sowie die Zurückführung der Land- und Seebefestigungen auf den Stand, in dem sie sich bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages befanden, verlangt. In einzelnen wurde bei Krupp-Stellen die Herstellung großer Maschinen der Werkstätte Nr. 10 sowie die Herstellung von 11 Wägen zur Herstellung der komprimierten Explosionskörper als gefordert. Die Abfertigung von Material für die Herstellung von Material erfordern sich aus Erfahrung für Handwerker, und zwar in Höhe von 15.600 Gewehren oder Karabinern. Handwerker waren ferner erforderlich für die Herstellung von Maschinen, Geschütze und Fahrzeuge der Artillerie. Von dem Materialbestand der Werke sollten alle Handwerkerarbeiten ausgetrieben werden. Außerdem wurden 80.000 Stück Gewehre gefordert.

Was das wurde erfüllt, solange Schlesia, Schlesien und Reich als Vertreter des „Nationalen“ Deutschlands noch in der Regierung saßen!

Einstellung des deutsch-spanischen Zollkrieges.

Am Mittwoch wurde in Madrid ein deutsch-spanischer Zollkrieg abgeschlossen, wodurch der deutsch-spanische Handelskrieg sofort eingestellt und ein vorläufiger Handelsvertrag für 1000 Stande auf Grund der Tabelle II der Zolltarifkonvention in Kraft gesetzt wird. Diese Verhandlungen sind im Interesse des spanischen Handelsministeriums zu betrachten, für den die deutsche Vorlage nach Spanien nicht ganz bedeutungslos war, wenn auch der deutsch-spanische Zollkrieg sie noch weit wichtiger machte.

Forderungen zur Behebung der Wohnungsnot im Osten.

Von Ernst Hamburger, M. d. L.

Die Entschließung des Ostausschusses des Preussischen Landtags zur Wohnungsfrage, die im Plenum am 19. November ohne Aussprache Annahme finden wird, stellt ganz außergewöhnlich ernste Wohnungsnotzustände als Folge der unnatürlichen Grenzziehung im Osten des Staatsgebiets und des starken Zustroms von Flüchtlingsfamilien fest. Sie verweist weiter auf die in den gleichen und anderen Ursachen begründete außerordentliche Schwächung der Leistungsfähigkeit der Kommunen wie der privaten Wirtschaft in jenen Gebieten. Davon ausgehend, verlangt sie die Bereitstellung erhöhter Mittel zur Behebung der besonderen Wohnungsnot im Osten und eine Beteiligung der Reichsregierung an einer Sonder-Wohnungsfürsorge. Diese soll auf die von den besonderen Notständen betroffenen Gebiete der Provinzen Oberschlesien, Niederschlesien, Grenzmark, Posen, Westpreußen und Ostpreußen erstreckt werden.

Die Beratung des Ostausschusses über die Wohnungsfrage hatte sich nicht auf die allgemeine Wohnungsnot zu erstrecken, sondern konnte lediglich die besonderen, über die durchschnittliche Notlage hinausgehenden Notstände des Ostens zum Gegenstand haben. Die vier Provinzen, die in der Entschließung genannt sind, sind nicht durchweg Wohnungsnotstandsgebiete in diesem Sinne, sondern umfassen lediglich solche: in Oberschlesien sind in erster Linie das Industriegebiet, Oppeln und Ratibor betroffen; in Niederschlesien liegen die Verhältnisse in Breslau-Stadt und -Land, im Waldenburger Bezirk, in Hirschberg und Hoyerswerda ausnehmend schlimm. In der Grenzmark sind in deren Hauptstadt Schneidemühl die Not am größten; in Ostpreußen stehen Königsberg-Stadt und -Land an erster Stelle. Diese Gebiete sind in der Entschließung nicht besonders genannt, da ja die erhöhten Mittel zur Beteiligung an die Regierungspräsidenten gehen, die über die besonderen Notstände innerhalb ihrer Bezirke unterrichtet sind und eine zweckentsprechende Verteilung ohnehin zu veranlassen haben.

Die Beratungen haben weiter festgestellt, daß die Grundlage für die bisherige Verteilung der Mittel zur Wohnungsneubauwesen sehr ansehnlich war. Eine solche Statistik für den Festbedarf an Wohnungen in den einzelnen Landesstellen war bisher nicht vorhanden. Auch die Ergebnisse der neuen Zählung haben eine solche nicht geliefert. Sicher ist lediglich, daß überall da mit Recht auf eine besondere Wohnungsnot geschlossen worden ist, wo die Volkszählung ein Anwachsen der Bevölkerung seit 1910 über das preussische Durchschnittsmaß — 9 Prozent — anzeigt. Dies ist zum Beispiel in den ober-schlesischen Industriestädten Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, in den Landkreisen Breslau, Hirschberg und Hoyerswerda, sowie in der Stadt Waldenburg der Fall. Auf der anderen Seite darf aber nicht aus dem Gegenteil heraus behauptet werden, daß Städte oder Kreise, die ein geringeres Anwachsen der Bevölkerung zeigen, nur eine durchschnittliche oder gar unzureichende Wohnungsnot haben müßten. Die Erfahrungen in Breslau und dem Landkreis Waldenburg beweisen das Gegenteil. Das Wachstum der Zahl der Haushaltungen, das in den einzelnen Landesstellen sehr verschieden von dem der Einzelpersonen ist, die Zahl der Leerwohnungen vor dem Kriege, die im Westen erheblich größer war als im Osten und jenem stärkeren Referven schuf, die verschiedene Höhe des Wohnungsaufwandes in den einzelnen Landesstellen, die eine stärkere Belastung und Herabdrückung im Westen gestattete, während im Osten der Zeitpunkt vielfach nicht mehr unterschritten werden konnte, ergeben eine erhebliche Schieferstellung des Ostens, die statistisch nicht erfasst werden konnte.

Hierin liegen nicht die einzigen Gründe für die ungenügende Behebung der Wohnungsnot im Osten, sondern die Mittel für den Wohnungsneubau. Ein weiteres Element ist darin zu suchen, daß offenbar vom zuständigen Ministerium die den einzelnen Ostlandsgebieten aus dem staatlichen Fonds vom Hauszinssteuerertrag zugeteilten Mittel in ein bestimmtes Verhältnis zu dem Anrecht gesetzt wurden, die in einzelnen Bezirken aufbrauchten. Alle vier östlichen Provinzen, die in der Landtags-Entschließung genannt werden, haben aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds mehr Mittel erhalten, als sie an sich abgeben haben. Im stärksten sind dabei im Verhältnis die Grenzmark, deren Aufkommen bei ihrer kleinen Bevölkerungszahl fast ein Minimum ist, und Oberschlesien bedacht worden, dann folgte Ostpreußen, an letzter Stelle Niederschlesien. Aber dieser Maßstab ist nicht ohne weiteres zulässig, man muß berücksichtigen, daß das Aufkommen aus diesen Landesstellen angeht, bei im Vergleich zu den westlichen Gebieten und zu Berlin geringeren Höhe der Bevölkerung einen Maßstab für den Bedarf an Mitteln nicht bildet, zumal die Differenz der Bevölkerungszahl zwischen den Ost- und West- und Posen die Verteilung dieser Mittel im Osten und Posen für die Behebung dieser Wohnungsnot im Osten und Posen bei weitem nicht der der West- und Posen ist. Ein letzter Grund für die Behebung der Wohnungsnot im Osten ist die Veranlassung der Reichsregierung, die Veranlassung von Hauszinssteuerertrag in politischer Hinsicht die bevorzugte Berücksichtigung des Rhein- und Westgebiets war, angesichts der politischen Lage dringender

Volkswacht

für Schlesien

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Abonnementspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 mal und ist durch die Haupt-Expedition, Marktstraße 4/5, durch die Filial-Expeditionen der „Volkswacht“, Neue Grunpferstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Reichsstraße 140, sowie durch alle Anzeigen-Expeditionen im In- und Ausland zu beziehen. — Abonnementspreis im Voraus für ein halbes Jahr 1.70 Goldmark, für ein Jahr 3.20 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark, durch die Post für ein Jahr 3.20 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Korrespondenz-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Reibaktion Ring 3142
Postfach-Nr. 201, Postfach-Nr. Breslau Nr. 5332

Anzeigenpreis: Die Nummer für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter 100 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Suchvermittlungen, Verleumdungen und Wohnungsangelegenheiten 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Marktstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Locarno vor den Westparlamenten.

Annahme im englischen Unterhaus.

London, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Fraktion der Arbeiterpartei beschloß die Ratifikation des Vertrages von Locarno über die Zukunft der Westgrenzen. In dem am Mittwoch anlässlich der Unterhausdebatte zu dem Antrag der Regierung auf Ratifikation eingebrachten Jahresantrag erklärt sich die Arbeiterpartei mit den Schiedsgerichtsklauseln des Vertrages und dem besprechenden Eintritt Deutschlands in den Völkerbund befriedigt. Weiter wird in dem Antrag bedauert, daß in Locarno endgültige Vorkehrungen zur Abrüstung nicht getroffen wurden. Schließlich spricht die Labour Party die Erwartung aus, daß bald Maßnahmen getroffen werden, um den Eintritt Rußlands in den Völkerbund herbeizuführen.

London, 19. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Schlußbestimmung des Unterhauses über den Vertrag von Locarno, bei der lediglich 13 Abgeordnete, zum Teil Arbeiterparteilicher, gegen die Ratifizierung stimmten, bestätigt die Aufregung, gegen sich in den letzten Wochen in England trotz sämtlich länderweiter Kritik eine Einheitsfront für den Pakt durchgesetzt hat. In seiner Kommentierung der Haltung der Fraktion der Arbeiterpartei zugunsten des Paktes hält der sozialistische „Daily Herald“ fest, daß die Arbeiterpartei für den Pakt stimme, weil er in diesem Augenblick das Höchstmaß des Erfolges darstellt. Die Schiedsgerichtsklauseln und der mit dem Pakt verbundene Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe die Stellungnahme der Arbeiterpartei entschieden.

Locarno in der belgischen Kammer.

Brüssel, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Außenminister Genesse Vandervelde gab am Dienstag in der Kammer eine Erklärung über die Verhandlungen von Locarno und deren Ergebnis ab. Er führte unter anderem aus, Locarno gebe Belgien eine Sicherheit im Geiste des Versailler Protokolls, das ganz anderer Art sei als das Schiedsgerichtsklauseln mit Frankreich und das früher erhoffte Schiedsgericht mit England. Die Ratifikation des Vertrages durch Deutschland könne trotz der inneren Schwierigkeiten geschehen. Die „Rückwirkungen“ auf das belgische Gebiet würden in Kraft treten, sobald der Vertrag von Locarno unterzeichnet sei. Eine Abrüstung der Befestigungsbauten der belgischen Gebiete komme vorläufig nicht in Frage. Wichtigste betonte Vandervelde, daß eine baldige allgemeine Abrüstung unbedingt notwendig sei. Es wäre eine gefährliche Illusion, zu glauben, daß es möglich ist, ein reiches, hartes Land einzuführen zur Abrüstung zu zwingen, während dessen frühere Feinde bis an die Jahre bewarnt bleiben. Nur eine allgemeine Entwaffnung, eine Entwaffnung von ganzem Herzen könne allen Staaten der Welt Sicherheit geben.

Der frühere liberale Außenminister Hymans stimmte der Erklärung vorbehaltlos zu, während der katholische frühere Innenminister Faupar bestimmte Vorbehalte machte. Er erklärte, Deutschland sei bis heute noch nicht zu trauen. Die Unwissenheit Hindenburgs bei der Königstafel des Generals von Arnim, die unwürdigen Erklärungen der Reichsregierung über die Kriegsverluste und die Reden Stresemanns, daß Deutschland nur aus einer Zwangslage heraus dem Vertrag von Locarno zustimme, machten zur Weisheit. Vandervelde erwiderte, daß General von Arnim nicht in Unwissenheit Hindenburg gesprochen habe, im übrigen aber sei er auf die Note der belgischen Regierung über die Kriegsverluste geblieben. Schließlich äußerte der belgische Außenminister, daß Stresemann und Luther in Locarno auf ihn den Eindruck gemacht haben, als wollten auch sie den ehelichen Frieden. — Das gesamte diplomatische Korps war während der Rede Vanderveldes anwesend.

Der Kampf um den Grenzschutz in der französischen Kammer.

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag begonnene Generaldebatte über die Finanzvorlagen in der Kammer hat bisher nur Gegenstand des von der Regierung eingebrachten und von der Finanzkommission der Kammer fast mobilisierten Gelegenheitswortes zu Wort kommen lassen. Das einzige bemerkenswerte daran ist, daß es sich dabei keineswegs nur um Mitglieder der Opposition gehandelt hat, sondern auch die beiden radikalsozialen Abgeordneten ebenso wie der Vertreter der republikanischen Sozialisten schärfste Kritik an der Vorlage geübt haben. Es zeigt sich also, daß trotz der spärlichen den Gruppen der Linken getroffenen Vereinbarung, die Zustimmung zu der Vorlage unter Fraktionszwang zu stellen, mit einer ganzen Anzahl von Dissidenten im bürgerlichen Lager des Reiches gerechnet werden muß. Insbesondere sind es die in dem Gelegenheitswort vorgelegene Verbesserung der staatlichen Renten und Anleihen, sowie die in Aussicht genommene Sicherstellung der außerordentlichen Abgabe durch Eintreibung einer Art Hypothek auf den Grundbesitz, die in den Reihen der bürgerlichen Linken aufwachsende Gegenpartei bilden, so daß schon jetzt mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß für die einschlägigen Artikel der Vorlage eine ausreichende Mehrheit nicht mehr vorhanden ist. Ihre Abweisung würde einen Ausnahmestausatz von rund 100 Millionen zur Folge haben und damit das ganze Sanierungswerk in Frage stellen. Allerdings dürfte es kaum vor Anfang der nächsten Woche zu der einschlägigen Abstimmung kommen.

Das Reichskabinett unter Hindenburgs Vorstoß endgültig für Locarno.

Am Mittwoch wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten die Beratung über die außenpolitische Lage abgeschlossen. Der Reichsminister des Auswärtigen wurde beauftragt, die erforderliche Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften auszubereiten. Die Beschlusfassung über die Vorlage wird nach der zum Donnerstag einberufenen Konferenz der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder erfolgen.

Der am Donnerstag vormittag in Berlin zusammengetretenen Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder wird die vom Reichsjustizminister ausgearbeitete Vorlage über die Zustimmung des Reichstages zu dem Vertrag von Locarno bereits vorliegen.

Unvollständige Veröffentlichung der Luther-Schlesischen Entwaffnungsnote

Die Reichsregierung hat am Dienstag abend der Öffentlichkeit den Kistenwechsel mit der Postfachministerkonferenz über die Entwaffnungsbedingungen der alliierten Mächte übergeben. Es handelt sich hauptsächlich um eine Antwort auf die Kollektivnote der Postfachministerkonferenz, die am 4. Juni in Berlin überreicht und am 6. Juni veröffentlicht wurde. In dieser vom 23. Oktober 1925 datierten und von den deutschnationalen Ministern getragenen Note stellt die Reichsregierung allgemein fest, daß ein wesentlicher Teil von der Postfachministerkonferenz aufgestellten Entwaffnungsbedingungen erfüllt ist. Der Note wurde eine Anlage beigelegt, die in allen Einzelheiten ein genaues Bild des augenblicklichen Standes der Entwaffnungsfrage gab. Aber während der an sich nicht zugehörige Notenwechsel der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt wird, verweigert die Regierung bisher auf die Veröffentlichung der vier Kisten, in denen unter dem 23. Oktober, also zu einer Zeit, wo die deutschnationalen noch in der Regierung lagen, der Stand der Entwaffnungsfrage niedergelegt und festgelegt wurde, mit welchem Eifer die „große Regierungspartei“ die Forderungen des „Reichsbundes“ erfüllt hat.

Warum diese mehr als auffällige Zurückhaltung? Fürchtet sich die Regierung ihrer Handlungsweise selbst oder handelt sie wieder einmal aus kalter Rücksichtnahme auf die deutschnationalen? Die Öffentlichkeit hat jedenfalls ein Anrecht darauf, zu erfahren, welche Forderungen der Postfachministerkonferenz bis zum 23. Oktober noch in hohem Maße deutschnational beantwortet wurden, und welche Forderungen der Entente erfüllt wurden. Sie muß am 10. meist auf diesem Anrecht bestehen, als die gesamte deutschnationalen Presse heute bereits wieder gegen die Erfüllungspflicht ist, während es keine Regierung gegeben hat, die alle Forderungen der alliierten Mächte zurückwies und unempfindlich für das was von den deutschnationalen beherrschte Kabinett Luther-Schlesien.

In der Note der Postfachministerkonferenz vom 4. Juni, deren Forderungen in der deutschen Antwort vom 23. Oktober — Zustimmung der deutschnationalen Minister am 25. Oktober — zum größten Teil erfüllt bezeichnet wurden, wurde unter anderem die Zerstörung von Kriegsmaterial und Bestimmung Eisenbahnen sowie die Abrüstung der Land- und Seebatterien auf den Stand, in dem sie sich bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages befanden, verlangt. Am einzelnen wurde bei Krupp-Oeffen die Vernichtung großer Maschinen der Werkstätte Nr. 10 sowie die Zerstörung von 11 Pressen zur Herstellung der komprimierten Explosionskörper usw. gefordert. Die Abrüstungsbedingungen für überschüssiges Material erstreckten sich auf Erzeugnisse für Handfeuerwaffen, und zwar in Höhe von 15 600 Gewehren oder Karabinern. Wundschmerz waren ferner Erzeugnisse für Mörser, Maschinengewehre, Geschütze und Rohre der Feldartillerie. Von dem Materialbestand der Polizei sollten alle Wundschmerz abgetrennt werden. Außerdem wurden 30 000 Stacheldrahtrollen gefordert!

Alles das wurde erfüllt, solange Schlesien und Neuhäus als Vertreter des „Nationalen“ Deutschlands noch in der Regierung saßen!

Einstellung des deutsch-spanischen Zollkrieges.

Am Mittwoch wurde in Madrid ein vorläufiges Abkommen abgeschlossen, wodurch der deutsch-spanische Zollkrieg sofort eingestellt und ein vorläufiger Handelsvertrag für sechs Monate auf Grund der Tabelle II der Zolltarif-Konvention in Kraft gesetzt wird.

Diese Verständigung ist auch im Interesse des schlesischen Arbeitsmarktes zu begrüßen, für den die deutsche Ausfuhr nach Spanien nicht ganz bedeutungslos war, wenn auch der deutsch-polnische Zollkrieg sie noch weit schwerer schädigt.

Forderungen zur Behebung der Wohnungsnot im Osten.

Von Ernst Hamburger, M. d. L.

Die Entschließung des Otausschusses des Preussischen Landtags zur Wohnungsfrage, die im Plenum am 19. November ohne Aussprache Annahme finden wird, stellt ganz außergewöhnlich ernste Wohnungsnotzustände als Folge der unnatürlichen Grenzziehung im Osten des Staatsgebiets und des starken Zustroms von Flüchtlingfamilien fest. Sie verweist weiter auf die in den gleichen und anderen Ursachen begründete außerordentliche Schwächung der Leistungsfähigkeit der kommunalen wie der privaten Wirtschaft in jenen Gebieten. Davon ausgehend, verlangt sie die Bereitstellung erhöhter Mittel zur Behebung der besonderen Wohnungsnot im Osten und eine Beteiligung der Reichsregierung an einer Sonder-Wohnungsfürsorge. Diese soll auf die von den besonderen Notständen betroffenen Gebiete der Provinzen Oberschlesien, Niederschlesien, Grenzmark, Posen, Westpreußen und Ostpreußen erstreckt werden.

Die Beratung des Otausschusses über die Wohnungsfrage hatte sich nicht auf die allgemeine Wohnungsnot zu erstrecken, sondern konnte lediglich die besonderen, über die durchschnittliche Notlage hinausgehenden Notstände des Ostens zum Gegenstand haben. Die vier Provinzen, die in der Entschließung genannt sind, sind nicht durchweg Wohnungsnotlandsgebiete in diesem Sinne, sondern umfassen lediglich solche in Oberschlesien sind in erster Linie das Industriegebiet, Oppeln und Ratibor betroffen; in Niederschlesien liegen die Verhältnisse in Breslau-Stadt und -Land, im Waldenburger Bezirk, in Hirschberg und Hoyerswerda ausnehmend schlimm. In der Grenzmark sind in deren Hauptstadt Schneidemühl die Notie am größten; in Ostpreußen stehen Königsberg-Stadt und -Land an erster Stelle. Diese Gebietsteile sind in der Entschließung nicht besonders genannt, da ja die erhöhten Mittel zur Verteilung an die Regierungspräsidenten gehen, die über die besonderen Notstände innerhalb ihrer Bezirke unterrichtet sind und eine zweckentsprechende Verteilung ohnehin zu veranlassen haben.

Die Beratungen haben weiter festgestellt, daß die Grundlage für die bisherige Verteilung der Mittel zu Wohnungsaufbau zwecken recht ansehnlich war. Eine solche Statistik für den Gebietsbedarf an Wohnungen in den einzelnen Landesteilen war bisher nicht vorhanden. Auch die Ergebnisse der neuen Zählung haben eine solche nicht geliefert. Sicher ist lediglich, daß überall da mit Recht auf eine besondere Wohnungsnot geschlossen worden ist, wo die Volkszählung ein Anwachsen der Bevölkerung seit 1910 über das preussische Durchschnittsmaß — 9 Prozent — anzeigt. Dies ist zum Beispiel in den oberhalb des Industriegebietes der Provinzen, Gleiwitz und Hirschberg, in den Landkreisen Breslau, Hirschberg und Hoyerswerda, sowie in der Stadt Waldenburg der Fall. Auf der anderen Seite darf aber nicht aus dem Gegenteil heraus behauptet werden, daß Städte oder Kreise, die ein geringeres Anwachsen der Bevölkerungsziffer zeigen, nur eine durchschnittliche oder gar unzureichende Wohnungsnot haben müßten. Die Erfahrungen in Breslau und dem Landkreis Waldenburg beweisen das Gegenteil. Das Wachstum der Zahl der Haushaltungen, das in den einzelnen Landesteilen sehr verschieden von dem der Einzelprovinzen ist, die Zahl der Leerwohnungen vor dem Kriege, die im Westen erheblich größer war als im Osten und jenem stärkeren Mehrerfordern schuf, die verschiedene Höhe des Wohnungsaufwandes in den einzelnen Landesteilen, die eine stärkere Belastung und Herabdrückung im Westen gestaltete, während im Osten der Bedarf vielfach nicht mehr untereinstimmen werden konnte, ergeben eine erhebliche Schließstellung des Ostens, die statistisch nicht erfaßt werden konnte.

Hierin liegen nicht die einzigen Gründe für die ungenügende Behandlung des Ostens in der Versorgung mit Mitteln für den Wohnungsaufbau. Ein weiteres Moment ist darin zu suchen, daß offenbar vom zuständigen Wohlfahrtsministerium die den einzelnen Notstandsgebieten aus dem staatlichen Fonds vom Hauszinssteuererlösen zugeführten Mittel in ein bestimmtes Verhältnis zu dem Anteil gesetzt wurden, den die einzelnen Bezirke ausbrachten. Alle vier östlichen Provinzen, die in der Landtags-Entschließung genannt werden, haben aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds mehr Mittel erhalten, als sie an ihr abgeben haben. Am stärksten sind dabei im Verhältnis die Grenzmark, deren Aufkommen bei ihrer kleinen Bevölkerungszahl freilich sehr minimal ist, und Oberschlesien bedacht worden, dann folgte Ostpreußen, an letzter Stelle Niederschlesien. Über dieser Maßstab ist nicht ohne weiteres zulässig; man muß berücksichtigen, daß das Aufkommen aus diesen Landesteilen angesichts der im Vergleich zu den westlichen Gebieten und zu Berlin geringeren Höhe der Vorkriegsmieten einen Maßstab für den Bedarf an Mitteln nicht bildet, zumal die Differenz der Kosten für die Errichtung neuer Wohnungen im Westen und im Osten bei weitem nicht der der Vorkriegszeit entspricht. Ein letzter Grund für die Benachteiligung des Ostens bei der Zuweisung von Hauszinssteuererlösen ist politische Natur. Die bevorzugte Berücksichtigung des Rhein- und Ruhrgebiets war angesichts der politischen Lage dringend ge-

Noten, ist im übrigen von den Regierungsvertretern im Ausschuss anerkannt und auch von den Vertretern der östlichen Landesteile voll gewürdigt worden; sie muß jetzt nach der Verringerung der politischen Konstellation, die den Westen Deutschlands politisch entlastet, dadurch weitgemacht werden, daß das bisher verwehrene im Osten nachgeholt wird. Dabei haben die Gebiete, in denen die Wohnungsfrage mit politischen und wirtschaftlichen Momenten aufs engste verknüpft ist, im Vordergrund der Betreuung zu stehen; die Flüchtlingsnot in Oberschlesien und die bisherige Unterbringung der Bergarbeiterbevölkerung im Waldenburger Gebiet sind Zustände, deren Verringerung am dringlichsten ist und keinen Aufschub mehr duldet.

Die erhöhten Staatsmittel für den Osten, deren Bereitstellung die Entlastung verlangt, werden aus der Hausinssteuer zu entnehmen sein. Daneben muß das Reich in höherem Maße als bisher zuzählige Hilfe leisten. Das Wechselspiel über den Gebietsverteilungsausgleich beim bebauten Grundbesitz, das noch in diesem Jahr den Preussischen Landtag beschäftigen und die bisherigen Hausinsbestimmungen ändern wird, ist in seinen Umfängen durch das aus dem Steuerhaushalt des Herrn von Schlieben bescherte Reichsinangausgleichsgesetz vorgeschrieben. Innerhalb des geringen, der Landesgesetzgebung verbliebenen Spielraums wird die Sozialdemokratie um eine Festlegung der für Verwaltungsausschüsse vorgesehenen Mittel an der unteren, der für den Häuserneubau zu verwendenden Beträge an der oberen von der Reichsregierung geisteten Grenze ohne Ueberbreitung der vom Reich festgelegten Mindesthöhe der Gesamtmiere — 100 Prozent Friedensmiete ab 1. April — zu kämpfen haben. Dringen wir mit diesen Gesichtspunkten durch, so können wir mit einer Erhöhung der Mittel für den Wohnungsneubau im gesamten Staatsgebiet rechnen, von denen mehr als der anteilige Prozentsatz dem Osten zuzuführen müßte, um seine Benachteiligung gegenüber dem Westen zu beseitigen. Um sich dessen zu versichern, wird eine ständige Kontrolle des Parlamentes einzulegen haben.

Von Bedeutung ist schließlich noch die Frage der Verteilung der für den Häuserneubau bestimmten Mittel zwischen Staat und Gemeinden. Zur Zeit behalten bekanntlich die Gemeinden vier Siebentel ihres Aufkommens; drei Siebentel führen sie an den staatlichen Ausgleichsfonds ab, aus dem die Notstandsgebiete durch härtere Zuweisungen berücksichtigt werden. Unter dieser Regelung leiden die Großstädte, die weit höhere Beträge an den Staat abführen als sie von ihm zurückverhätten pflegen, zumal ja das Privileg der Hausinssteuerfreiheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung infolge des Widerstandes der Reichs- und des Zentrumspartei immer noch nicht beseitigt werden konnte. Mit Sozialdemokraten werden uns für eine härtere Belastung des eigenen Aufkommens bei den Kommunen einzusetzen haben, ohne diesen Gesichtspunkt zu übersehen; den gerade die Dotierung der östlichen Provinzen mit höheren Beträgen aus dem staatlichen Ausgleichsfonds, als sie an ihn abgeführt haben, zeigt die Wichtigkeit einer ausreichenden Ausstattung dieses Fonds für arme Kommunen mit hart anwachsender Bevölkerung. Daher ist auch für die Stadt Breslau ein Interesse der allgemeinen Erfordernisse der Wohnungspolitik im Osten eine Abhilfe gegen die Entziehung von Hausinssteuermitteln nicht durch eine überparteiliche Beteiligung der Kommunen an ihrem Einkommen, sondern durch größere Zuwendungen an den Regierungsbudget Breslau aus dem staatlichen Fonds zu suchen, die eine befriedigende Berücksichtigung auch der Stadt Breslau gestatten.

In jedem Fall haben die Beratungen des Ausschusses für die Aufhebung der Frage der Wohnungsnot im Osten und ihre Milderung im Rahmen aller künftigen wohnungs- und feuerpolitischen Beschlüsse und Maßnahmen geleitet.

Hausinssteuer und kommende Mietsentwicklung.

Der neue Preussische Hausinssteuerentwurf wird im Laufe dieser Woche des Staatsministerium beschließen und Anfang Dezember im Landtag zur Verhandlung kommen. Am 1. Dezember dieses Jahres wird wahrscheinlich die wir von unterrichteter Seite erfahren, noch keine Erhöhung der Miete eintreten. Die nächste Mieteerhöhung dürfte aller Voraussicht nach am 1. Januar 1926 erfolgen. Von diesem Zeitpunkt an haben die Hausinsätze bekanntlich die ausgerechneten Wohnflächenziffern zu befolgen.

Die Erhöhung der Miete auf den Friedensstand, den die Länder auf Forderung des Reiches bis zum 1. April 1926 erreicht haben müssen, wird für die breiten Schichten deshalb brüderlich werden, weil sie in eine Periode steigender Arbeitslosigkeit hineinfällt. Die Miete beträgt in der Vorkriegszeit etwa ein Viertel des Lohnverhältnisses. Wenn heute in der Zeit der Teuerung ein

Viertel des Arbeitseinkommens von der Miete aufgezehrt wird, bedeutet das eine ungleich größere Belastung gegenüber der Vorkriegsmiete. Nur in Lübeck ist der Friedenslohn bereits erreicht. Preußen hat erit 82 Prozent, Bayern 95 Prozent, Sachsen 85 Prozent, Württemberg 90 bis 95 Prozent, Baden 84 Prozent, Thüringen 80 Prozent, Hessen 88 Prozent, Hamburg 85 Prozent, Niedersachs-Schwerin 78 bis 83 Prozent, Oldenburg 80 Prozent erreicht. Wie man sieht, ist in Preußen noch mit einer ganz ansehnlichen Steigerung zu rechnen. Bedauerlicherweise besteht für die Arbeitslosen nur die Möglichkeit, die Hausinssteuer gestundet zu erhalten. Die Vorchrift zur Erreichung der Friedensmiete am 1. April ist bekanntlich ein Werk des jetzt zurückgetretenen deutsch-nationalen Reichsfinanzministers von Schlieben.

Der Abschluß des Zentrumstages.

Kassel, 17. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Zentrumsparteitag nahm am Dienstag zum ersten Mal grundsätzlich Stellung zur Frage der Staatsform und legte ein Verbotnis für die Partei fest, indem er den bekannten Antrag der Berliner Partei mit geringen formalen Abweichungen in folgender Fassung zum Parteibeschluß erbat:

„Die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staat und zum Autoritätsbegriff ermöglicht ihr die Befähigung jeder Staatsform, in welcher dieser Begriff seine Verwirklichung findet. Diese Befähigung darf sich nicht nur auf die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen beschränken, sondern muß sich in positiver Mitarbeit auswirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine klare, einschlägige, politische Einstellung zur Staatsform um so mehr geboten, je mehr die Staatsform vom Willen des Volkes abhängig ist. Darum bestrebt sich die Zentrumspartei zur Deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist und deren Schutz und Durchbringung mit dem höchsten Eifer als ihre Aufgabe und Pflicht betrachtet.“

Die Vormittagssitzung brachte eine Auseinandersetzung zwischen Stegerwald und Frauns auf der einen und Dr. Wirth auf der anderen Seite. Die Gegenüber setzten sich sehr lebhaft aufeinander. Zunächst brachte es Stegerwald, dieser leitete die öffentliche Diskussion, fertig, sich zum Verteidiger der Weimarer Verfassung zu erklären und für das Zentrum als Verdienst in Anspruch zu nehmen, aus einem „antipolitischen Kollaps“ einen demokratischen Geist zu haben. Unter einem Kollaps Wirth hätte auch nach Stegerwalds Meinung Dr. Cieslemann als Außenminister sein Februar-Memorandum, das nach Locarno führte, nicht in der Form abgegeben, wie er es unter Luther tat. Diese Auffassung Stegerwalds fand ihre Bekräftigung durch den Jurist Dr. Wirth, der lang zurückgehalten worden. Als Stegerwald seinen Gegner Dr. Wirth dadurch zu verächtlichen lud, daß er Wirth die Pflege Karler Verfassungen nach links vorhielt, erteilte ihm dieser eine kräftige Abfuhr durch den Jurist: „Nicht so, wie Sie nach rechts!“, worauf Stegerwald feierlich versicherte, daß er den Angriffen auf Wirth in der Weimarer Verfassung und nie eine Zeit gegen Wirth konstat. geschrieben oder inspiriert habe. Mit Wirth sei er darin einig, daß Locarno angenommen werden müsse und die neue außenpolitische Situation sich auf die Nation auswirken würde. Die Kräfte, die sich hinter Locarno heften, müßten in den nächsten Jahren auch Locarno durchführen. Die Zentrumspartei müsse mit allem Nachdruck auf die große Koalition hinarbeiten und dürfe auch vor einer Reichsregierungsausschreibung nicht zurückweichen. Schließlich rief Dr. Stegerwald zu einem beiderseitigen landläufigen Bekenntnis zur Republik auf: alle Veränderungen im gegenwärtigen Staatssystem mit Gewalt stützen zu wollen, müßte mit allen Mitteln niedergeschlagen werden. Im übrigen müßte aber in der Republik Locarno geliebt werden auch gegenüber denjenigen, die nicht auf dem Boden der Republik liegen. Wirth sei eine der wenigen politischen Qualifikationen im Deutschen Reich, nur ein ganz ernsthafter Mensch könne dahin stehen, solche Intelligenzen abzufragen. Kann sie mit allen Mitteln zu binden.

Dann nahm Wirth noch einmal das Wort, um eine in der Form weit aggressivere Rede zu halten als am Montag. Das außenpolitische Ziel, das allen anderen vorangehe, sei die nationale Befreiung Deutschlands. Locarno, so erklärte Wirth unter großem Beifall und Applaus, wäre für mich bedeutungslos, wenn wir nicht sich am die erste, sondern um die zweite Phase kämpfen müßten. Stegerwald machte er den Vorwurf, seine realpolitischen Überreden auf Kräfte zu setzen, die zur Lösung der Realpolitik gar nicht in Frage kommen. Die Entschiedenheit der Weimarer Nationalen auf ihrem Berliner Parteitag sei ein Beweis, daß die Leute, die Führer der deutschen Politik sind. „Diese Kräfte dürften Sie nicht“, rief er Stegerwald zu. „Der Kampf wäre es, der parlamentarischen Bewegung nicht eine große Bedeutung für den Häuserneubau zu verleihen.“ „Reigen Sie mich“, antwortete Wirth seinem Gegner Stegerwald, „an den nächsten Wochen das Tugend von Männern von rechts aus Ihren Gewerkschaften, die mit Ihnen gehen. Wenn Sie sich aber in ihrer Hoffnung darauf, daß die Rechte auf eine klare außenpolitische Linie zu bringen sei, getäuscht haben, dann der mein Schritt eine ständige Pflicht. Sie, Herr Stegerwald, waren in hartem Maße der Opponent des Zentrums im letzten Sommer, und nicht Wirth war der Führer der Partei für die Republik. Während in der Reichstagsfraktion und in den Organisationen eine gegenseitige Haltung eingezeichnet war? Köhler wie Marx wird

erlaubt, für das Reichsbanner zu wirken, die Mitglieder aber verwehrt, ihm beizutreten. Hier muß Klarheit und Wahrheit geschaffen werden. Die Partei muß sich nicht in die Reichsbanner und nicht in die Hände der Deutschen Republik!“

Minister Brauns, der sich als Mitglied des Reichsbanners durch einige Bemerkungen Wirths besonders auszeichnete, sah sich nach einmal veranlaßt, Dr. Wirth entgegenzutreten. Wenn es Zentrumsgesinnung sei, mit der Partei zusammenzuarbeiten, so müsse es auch Zentrumsgesinnung sein, mit den Rechten zusammenzuarbeiten.

Kassel, 17. November. (Eigener Drahtbericht.) Nachmittagsitzung des Zentrumsparteitages. Der Parteivorstand nahm am Dienstag zum ersten Mal grundsätzlich Stellung zur Frage der Staatsform und legte ein Verbotnis für die Partei fest, indem er den bekannten Antrag der Berliner Partei mit geringen formalen Abweichungen in folgender Fassung zum Parteibeschluß erbat:

„So lange die rechtsgerichteten Organisationen ihre Hände zum Angriff gegen die Staatsform brauchen, kann das Reichsbanner nicht von uns abgelehnt werden. Die Organisation ist eine Notwendigkeit in der Weimarer Staat. Wir können in manchen Gebieten überhaupt nicht zusammenhalten, wenn wir nicht das Reichsbanner (Hört, hört!) auch in der politischen Diktatur den größten Wert auf die Aufrechterhaltung dieser Organisation legen. Die Partei wegen nur ein selbstverständliches den Parteien Institutionen überlassen werden, in welcher Form sie entstehen; aber eine möglichst starke Vertretung der Zentrumspartei innerhalb des Reichsbanners ist dringend notwendig.“

Dr. Wirth tritt in einer dritten Rede die Auseinandersetzung des Grafen Westarp auf dem Reichsnationalkongress, in denen die Rückkehr zur Staatsform, die allein der Staat und dem Bedürfnis des deutschen Volkes gerecht werden wird. Das, erklärte Wirth, ist ein Kriegserklärung gegen die demokratische Republik. Wenn wir in engeren Kreisen, das früher schon und erkannt haben, als Partei und unsere Sorgen noch kaum verstanden, so ist Sie jetzt hoffentlich diese unsere Sorge begriffen. Wenn Sie begreifen, dann gibt es in Deutschland eine erfreuliche Tatsache, nämlich ein einziges Zentrum, dem ich von ganzem Herzen hinge. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.) Geht es darüber klar, was die Komposition der Rechten bedeutet, was in der deutschen Arbeiterbewegung ausfallen kann. Diese Haltung der Koalitionspartner von gestern ist ein Fortschritt für das gesamte Zentrum. Schon umarmen wir nach dem Tod Ciesels hat Wirth sich in ähnlicher Weise gegen die demokratische Republik ausgesprochen. Wenn man manigens ein offener Gegner, der sich in dem Staat der privilegierten Preußenkaste bekennt, wie es die Weimarer Verfassung ist. Wer diesen Staat mit dem Reichsbanner nicht wollen wir niemals wieder haben. Ich habe den Meinen des Kreml in Potsdam gestanden und habe alle Herrlichkeiten gesehen, die einst dort über Land und Meer herrschten, die aber nicht verstanden, die Säulen und Pfeiler der Nation des Staates zu machen. Heute steht die Weimarer die rote Fahne der sozialen Revolution. Heber wenn Staat aber nicht die Fahne der Freiheit. Das wird unsere Aufgabe ist, in das große Verdienst der Zentrumspartei. (Lebhafter Beifall.) Wirth sei leidenschaftlich bei diesem Worte. Es ist ganz klar, daß ich, wenn ich ihm diese, auch den Tischen muß, mit allen unseren Freunden zusammenzutreten in die Jahre voranzutragen.

Diese Erklärung von Wirth wurde allgemein aufgeföhrt die Verfassung, in absehbarer Zukunft wieder die Zentrumspartei vertreten zu wollen. Seine Worte und Wirth als Vorsitzender des Parteitag, daß die Worte von Wirth den schändlichen Mißbrauch des Parteitag, der Unterjunktions Beifall erklärte er: „Ich schlage in die Hand ein, die Wirth sei entgegengetreten. Jedemfalls ist nunmehr Einheit der Partei und der Fraktion durch den Ausgang des Parteitag gewährt.“

Luther und Strefemann verhandeln mit freien Gewerkschaftern.

Vertreter der freien Gewerkschaften wurden vom Reichsbanner Dienstag empfangen und eingehend über die Normendruck der Unterzeichnung von Locarno unterrichtet. Sie antworteten, daß jeder deutsche Sozialdemokrat in dieser Sache zu antworten hat, nämlich, daß sie von der Notwendigkeit der Unterzeichnung der Locarno-Verträge überzeugt seien. Dann wurde die Gewerkschaften aber auf die innerparteilichen Auswirkungen einer Unterzeichnung mit Hilfe der Arbeiter gesprochen, ohne deren Garantierung durch Neuwahl die Unterzeichnung unserer Parteimitglieder bekanntlich die Unterzeichnung des Vertrages in diesem Ausmaß für eine Gefährdung der Lebensunterhaltung hält. Daraufhin erklärten Luther und Strefemann, für diese Fragen sei die Aussprache eine geeignete Gelegenheit...

An den Ufern des Hudson

Roman von Lawrence Sanders.
Aus dem amerikanischen Manuskript
Übersetzt von Gertruda zur Mühlen.

Ein unbeschriebenes Blatt hielt Harold dicht vor sich, dem Vater gegenüber Grace kamen zu nennen. Ausdrücklich erwiderte er:
„Es ist noch nicht so weit, Vater. Ich liebe sie, aber ich fürchte...“
„Müssen ein so hübscher Junge wie du und ein Weibchen dich zu gerade auch nicht?“ lachte der alte Harold vor sich. Die Wahrheit haben ihn bisher ungenügend zu sein. Harold dachte gerührt: „Der gute Vater, wie sehr ihn alles bezaubert, was mich angeht.“ Und er lächelte sich selber, daß er ihm nicht Grace weihen konnte, mehr von der geliebten Frau erzählte. Er wollte eben etwas sagen, da sprach der alte Harold ein:
„Ja, will nicht insoweit sein, Harold, wünsche dir nur von Grace alles Glück.“
Harold hatte dem Vater keine seltsamen Erlebnisse im Zusammenhang mitteilen, ihn um Rat fragen wollen, doch hatte heute Henry Ward, entgegen seiner letzten Gefühlsregungen, seinen Augenblick Zeit für den Sohn, und als er aus dem Zimmer abtrat, war Harold nicht dazu gekommen, das Thema auch nur zu berühren.

Als der junge Mann, der der Vater zu Hause begleitet hatte, heimkehrte, trat er vor der Haustür Samuel Rosenbergs. Der alte Hauswart war bereit, ihn heim zu lassen und sprach wieder zu ihm, daß er ihm jetzt am den Hals sei.
„Ich erhalte Harold ausschließlich seine Erlebnisse, und die beiden legen bis in die frühe Nacht hinein zusammen.“

Zwölftes Kapitel.

„Von folgenden glückliche Tage für Harold. Doch jede Nachmittag verbrachte er in Grace Walters Keller, plaudernd, als beim Essen zusehend. Die junge Frau schien ihn gerne zu sehen, kam er einmal einen Tag nicht, so machte sie ihm Besuche, fragte, wie er sich bei ihm gefühlt habe.
Sie sprachen oft von John Rawley, doch dachte es Harold, der erste wolle Schmerz um den Tod eines schmerzhaften einer

sonnen Reizung. Doch, und langsam, unbemerkt — doch dies wollte er nicht recht zu glauben — gelinge es ihm, Harold, in Grace Walters die Stelle des Verstorbenen einzunehmen.“

Das schändlich nach Rawleys Werten hatten sie selbstverständlich nicht aufgegeben, obgleich seit dem Tod von Harold über vier Monate vergangen waren. Raymond Walters hatte ein Bild erbringen lassen, und auch einige andere Spuren, die Grace, Samuel Rosenbergs und der von Harold mit der Gelegenheit betraute Prozedur gefunden, hatten zu keinem Ergebnis geführt.

„Jetzt, da so viel Zeit verstrichen ist“, tröstete der alte Hauswart Grace, „wird sich der Mörder früher fassen, irgend eine Unvorsichtigkeit begehen, was dem die Möglichkeit geben, ihn zu erwidern.“

Harold stimmte ihm bei und Grace sagte sich dem Willen der beiden Männer, die der Ansicht waren, es habe keinen Sinn, die Polizei zu drängen, ihr Unfähigkeit und Unzulänglichkeit zuzugewöhnen. Harold hatte, nach einer heftigen Auseinandersetzung mit dem Chef der Kriminalpolizei, den Eindruck erhalten, als hätte die Polizei und die Scherben genügt, den ganzen Fall auf sich beruhen zu lassen. Die Polizei hatte unzulänglich den Leuten nachzugehen, Lebens gefährdet, der Mörder sei für sein Verbrechen an Rawley noch keine Strafe verdient worden, und damit geben sich die amerikanischen Bürger zufrieden.

Eines Tages erhielt Harold einen Brief, in dem Jack Benson, einer der Arbeiter in Grace Walters Werk, um eine Unternehmung bat, er würde in der Nordstraße wichtige Informationen zu machen.

Harold beschloß den Mann in Grace Wohnung, und an einem Sonntag nachmittags erschien der junge Arbeiter dort. Er sprach sich anfangs unklar, dann jedoch, daß als Grace fragte, sagte er: „John hat mir über von Ihnen gesprochen, Herr Benson“, war er ein wenig auf. Wollte er jemand sein, dessen Namen, als Harold, der wohl dachte, daß es ihr selbst, unbeschreiblich ausrief:

„Nun, hören Sie doch endlich auf, in mir den Sohn Ihres Arbeitgebers zu sehen. Wir die wir hier zusammen sind, hätten alle John Rawley und nicht deshalb Freunde sein.“
„Rein, ich muß gehen, das ich mich nie um die Sache kümmern habe.“

„Ja, ich liebe John Rawley, er gehörte zu uns, sein Tod hat viele Hoffnungen zerstört, sollte sie auch zerstören. Ich bin

sehr davon überzeugt, daß Rawley ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit geworden ist.“

„Sie glauben an einen politischen Mord?“

„Ja, und zwar glaube ich, dieser Mord ist von einer Person namens Muriel Price begangen, oder zumindest vorbereitet worden.“

„Können Sie uns etwas Näheres mitteilen?“

„Am Tage nach dem Mord sagte ich, daß, einen der Arbeiter in unserer Fabrik, von dem es heißt, daß er ein Spielwiel die Hand im Spiel gehabt hat?“ Und der andere fragte: „Muriel Price?“

„Wie kam der Mann dazu, so unvorsichtig zu sprechen, was Harold ein.“

„Er war betrunken, glaubte außerdem, daß es mit dem anderen allein sei.“

„Darauf begründet sich Ihr Verdacht?“ fragte Grace.

„Ich weiß, daß diese Worte bedeutungslos sein können, jedenfalls aber beweisen sie, daß es eine Frau dieses Namens gibt, der ein heftiges Verbrechen angetraut werden könnte. Ich selber habe ich in ganz New York nach einer Frau, die diesen Namen trägt, aber vergeblich. Ich fand allerdings eine Frau, doch ist dies die Witwe einer kleinen Krämerin, die Witwe, rechtsfähige Greisin. Selbstverständlich läßt mich Arbeit wenig Zeit, Nachforschungen anzustellen, und ich muß mich deshalb an Sie, Herr Harold.“

„Ich danke Ihnen“, sagte Harold und notierte den Namen. In welcher Abteilung arbeiten Sie, damit ich Sie, wenn es nötig ist, dort aufsuchen kann.“
„Jack Benson wurde etwas verlegen, meinte ägernd: „Das dürfte in der nächsten Zeit nicht angehen, Herr W...“
„Weshalb nicht?“
„Der junge Arbeiter schaute Harold verblüfft an.
„Wissen Sie denn nicht, daß die Arbeiter in den Werken Grace Walters eine Lohnvereinbarung geschlossen haben und daß diese diese Forderung abgelehnt hat?“
„Rein, ich muß gehen, das ich mich nie um die Sache kümmern habe.“
„Es dürfte in der nächsten Zeit zum Streit kommen, da wäre es sowohl für Sie als auch für mich peinlich, wenn...“
(Fortsetzung folgt)

Das Mussolini-Attentat eine Lockspindelarbeit.

Aus Rom wird uns folgender Bericht unseres eigenen Mitarbeiter durchgeschickt:

Wie die Regierung das Attentat ausföhrt, hat man gesehen; mehr als es geschieht. Gerade diese sofortige Umkehrung der Sache in politische Vorteile und in politische Rache hat zu allererst den Gedanken aufkommen lassen, daß es sich bloß um einen Bluff, um Politikhandlung, handelte. Heute hat man aber noch Elemente, die eine klarere Kennzeichnung erlauben: die Polizei hat das Attentat nicht erfunden, aber sie hat es durch einen der ihren organisiert. Und in der Freude über den gelungenen Streich hat sie es versucht, die Spuren verschwinden zu lassen, an denen sie die Kampfmänner bewegte.

Gleich nach dem Bekanntwerden des vereitelten Anschlages fragte man sich, wie es denn zugeht, daß die Polizei von der Sache nichts weiß? Quaglia, der Sekretär Zaniboni, hat den Spion abgegeben. Nun wird auf einmal derselbe als als Mithildiger verhaftet worden sein, in Freiheit gesetzt. Den offiziellen Nachrichten zufolge — andere als offizielle Nachrichten hat man in Italien heute nicht — hat Quaglia für Zaniboni die Zimmer gemietet, hat ihn bei einer Unterredung mit dem General Capello begleitet, hat einen Stuhl zum Aufsitzen von diesem erhalten und an Zaniboni abgeliefert, hat sogar vor Wochen das Präzisionsgewehr gekauft, abgemessen mit Zaniboni. Wie in aller Welt geht es zu, daß man diesen Mann freiläßt? Dafür gibt es höchstwahrscheinlich keine andere Erklärung als die, daß Quaglia von Anfang an im Auftrag der Polizei oder wahrscheinlich des Ministers des Inneren Federzoni gehandelt hat. Das Ministerium hatte es leicht, von dem Anschlage vorher unterrichtet zu sein, da die ganze Sache von ihm ausging. Eine andere Version ist nach der Freilassung des Quaglia, gegen den die schwersten Anschuldigungen von offizieller Seite vorgetragen worden sind, nicht möglich.

Man fragt sich nun, wie es möglich ist, daß ein Mann wie Zaniboni dem Lockspindel auf den Leim ging. Wenn wirklich dieses Manöver an der ganzen Sache ist — so gut, wie heute Quaglia unerschütterlich ist, könnte morgen Zaniboni unerschütterlich sein: das Belastungsmerkmal gegen beide stammt aus der gleichen, nämlich unänderbaren Quelle — kann man nun zur Erklärung des unheimlichen Mordes ein Mittel die Psychologie des „Attentäters“, andererseits das politische Milieu heranziehen.

Zaniboni ist in Partei eilen, in denen er Jahrzehnte hindurch gewirkt hat, als ein „König“ bekannt, der sich mehr auf persönliche Mittel als auf die Massen verließ, wie er das seiner Zeit bei den Machtergreifungen nach der Reiche Matteotti bewies. Gerade keine individualistische Auffassung des politischen Kampfes hat vor rund fünf Monaten zu Zanibonis Ausritt aus der Sozialistischen Einheitspartei geführt. Er ist ein Mensch von außerordentlich großem persönlichen Mut, der im Kriege mehrere Wunden davontrug und fünfmal mit der italienischen Tapferkeitsmedaille dekoriert wurde. Man kann wohl sagen, daß ein Unterfangen im gelegentlich deshalb als Pflichterfüllung erschien, bloß weil es die höchste Befehle für ihn selbst enthielt.

Man stelle nun einen derartigen Menschen in das heutige politische Milieu Italiens, in dem langsam eine Clique alle Machtmittel des Staates an sich reißt und sich anständig, auf Grund ihrer unübertroffenen Machtposition Recht und Gesetz umzugestalten und zum Verhängnis von Parteiinteressen zu machen. Aus dieser Situation sah niemand einen Ausweg; allgemein lagte man, es gäbe nichts anderes zu tun, als den Zusammenbruch eines fortpflanzenden Regimes von innen heraus abzuwarten. Da hat sich nun Zaniboni, von Quaglia inspiriert, zu dem Unglück des Landes und zu seinem eigenen Verderben, dazu hinreißend lassen, den Faschismus mit faschistischen Waffen zu bekämpfen. Als ob ein Mann von einem Regime des Verbrechens durch ein Verbrechen erlitten werden könnte! In einer von faschistischen Standpunkte aus trügen Einschätzung der Lage hat Zaniboni sein Leben aufs Spiel gesetzt, mit der fast mathematischen Gewissheit, es zu verlieren; und der hohe eigene Einsatz hat ihn vergessen lassen, daß ein gefangenes Attentat auf Mussolini Tausende von Opfern unter dem Protektorat und der Opposition nach sich gezogen hätte. „Nicht eine Bartholomäusnacht“, haben die faschistischen Blätter geschrieben, „ein Wochen und Monate von St. Bartholomäus wären darauf bedacht.“

Jetzt ist nun ein Jubel, ein Teufel jaat das andere, man weiß sich vor Frohlocken nicht zu lassen. Sehr viel tut sich das Regime darauf zu gut, daß es die Repräsentation vertritt hat. Was bedeutet das? Etwas, daß die Massen des Faschismus auf Befehl der Führer von der Arbeit ablassen? Keineswegs. Kaum hatte Mussolini die Ruhe angetrieben, so stürmten die Massen von der Piazza Colonna, um die Redaktionen des „Mondo“ und des „Popolo“ zu vernichten. Und sie hätten sich da aufgeführt, wie die anderen Male, wenn sie nicht auf harte militärische Besetzung stehen wären. Das Ausschleiben der Repräsentation bedeutet also nur, daß die Regierung sehr wohl die Machtmittel behält, um Nord und Südordnung zu verwalten, woraus man richtiggehend entnehmen kann, daß sie am 4. Oktober in Florenz Nord und Südordnung nicht verwalten wollte. Das haben wir längst gewußt, daß die faschistischen Herden das Faschistenregiment, sobald sie Carabinieri oder Soldaten sehen, die sie wehren dürfen.

Was die Seltung des Freimaurers Generalis Capello betrifft, so hat man ihn offenbar absichtlich in die Sache zu verwickeln gesucht, was Quaglia noch in zwölf Stunden,

nämlich am 3. November, fertig brachte, indem er eine Unterredung zwischen Zaniboni und dem General zustande brachte und der Polizei meldete. Es scheint, daß Capello nicht das Mindeste mit dem Anschlage zu tun hatte, sondern ganz unabhängig von ihm die Opposition organisierte und für Informierung des Auslandes Sorge trug. Man hat ihn in die Sache verwickelt, indem man auf die Kritikfähigkeit des großen Publikums in unvorhersehbaren Situationen baute. Da man es schon einmal zum Attentat gebracht hatte, sollte dabei auch wenigstens ein Galgen für die Freimaurer mit herauskommen.

Daß die faschistischen Blätter die Todesstrafe für beide Verhafteten fordern, braucht nicht gesagt zu werden. Man will beide als Dornen vor das Kriegsgericht bringen, das sie zum Entsetzen in den Rücken verurteilen soll. Seit wir das heutige Regime gesehen, ist dies das zweite Mal, daß man für spezifische Fälle die Todesstrafe fordert: Mussolini forderte sie in der Kammer für die Mörder Matteotti; „handreichliche Luft“, sagte er, aber die damals noch nicht genügend drehernte Kammer schnte großmütig ab; heute fordert man sie für zwei, gegen die Verdähten eines Verbrechens vorliegen sollen. Iste sind stumm und das hat große Vorteile bei gewissen Prozessen. Und stumm wie ein Lohr ist auch die italienische Presse. Das Land ist gefesselt, das Land ist wehrlos. Die Richter des Regimes lassen ihr Leben in den Kirchen erlösen. Es hat alles zu gut gefallt. Einige faschistische Blätter kommen jetzt, etwas verspätet, mit der Meinung: nicht zu spät frohlocken. Warum hat man nur Quaglia so schnell freigelassen?

Der Matteotti-Prozess kommt noch . . .

Das Breslauer italienische Konsulat macht uns darauf aufmerksam, daß unser Kommentar zu seiner Mitteilung über die Freilassung eines Teiles der Matteotti-Mörder teilweise auf einem Mißverständnis beruht. Der Matteotti-Prozess wird noch stattfinden und die Hauptangeklagten werden noch in Haft. Die Angeklagten sind nur Nebenangeklagte gewesen. Die Anklage, die sie betrifft, ist auch einer Anzahl linksstehenden Beurteilten zugute gekommen.

Wir nehmen davon korrekterweise Kenntnis, glauben allerdings nicht, daß der nun noch kommende Matteotti-Prozess nach dem Verbot aller oppositionellen Zeitungen und der diktatorischen Einschränkung aller anderen Meinungsäußerungen mehr als eine Farce werden kann. Die Anklage gegen die jetzt genannten Hauptangeklagten — zu denen der Auftraggeber des schrecklichen Mordes, nämlich Mussolini selbst, bekanntlich nicht gehört — wird ihnen beziehungsweise nur Körperverletzung mit Todeserfolg vor. Man kann sich denken, welches Urteil eine solche mißliche Anklage wegen Verurteilung des höchsten Kritikers des Faschismus vor einem faschistischen Gericht herauskommen wird!

Kaus mit den Königsmachern.



Der Taschendieb wird gewarnt!

Italien will auch seine Schulden an England regeln. Neuer erzählt, daß eine italienische Finanzdelegation unter Führung Rospis der kürzlich das Schuldensindierungsabkommen mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen hat, demnach in London erwartet werde, um Verhandlungen mit dem britischen Schatzamt wegen der Regelung der italienischen Kriegsschulden an England zu eröffnen.

Länder völlig beispiellos dastehen dürfte, hat ihren Ursprung in außerordentlichen finanziellen Schwierigkeiten von Wort.

Durch Mauereinkunz drei Arbeiter getötet.

In Aquila in den Abruzzen ist in einer Kalksteinfabrik eine hohe Zementmauer eingestürzt, wodurch drei Arbeiter getötet und vier verwundet wurden.

Neue Ausgrabungen in Palästina.

Bei den weiteren Grabungen, die auf der Stätte des alten Jerasch, des späteren Gerasa oder Decapolis jenseits des Jordan vorgenommen wurden, hat man neue wichtige Entdeckungen gemacht. Der Haupteingang des großen Tempels wurde freigelegt und die Treppe, die zu dem Gotteshaus von der „Hauptstraße“ der Stadt hinüber. Man entdeckte auch einen großen Wasserbrunnen auf dem Altar mit einer Widmungsinschrift an die Gottheit. Außerdem wurden verschiedene bedeutende Skulpturen und Weihinschriften geborgen.

Ein profitables Geschäft

ist kürzlich in Amerika abgelehnt worden und zeigt, wie wundervoll echtes Amerikanertum religiöse Verpflichtungen mit gesundem Geschäftssinn zu verbinden weiß. Ein New Yorker Architekt, der während der Krankheit seines einzigen Sohnes das Geschäft getan hatte, sein ganzes Vermögen dem Waisenswerk zu widmen, wird demnach am Broadway in New York ein neues Waisenzuhause von 285 Metern Höhe mit 4500 Zimmern, 12 Dachgärten, eigenen Fischbrunnen, einer interkonfessionellen Kirche und einer Anlage zur Versorgung von Armen ausschließlich biblischen Inhalts errichten. Was sein Geschäft betrifft, so ist es durchaus richtig, daß er die Pflicht gehabt habe, sein ganzes Vermögen der Mission zu schenken. Seine Meinung war lebendig, es für die Mission zu arbeiten zu lassen. So glaubt er, sein Geschäft volllauf zu erfüllen, wenn er 10 Prozent von dem Gewinn aus diesem Hotelbetrieb, in dem er sein Kapital investiert hat, den amerikanischen Waisenskindern überläßt, wodurch das Unternehmen in frommen Kreisen noch an Beliebtheit gewinnt.

Die Ursachen der Dehnbarkeit des Kautschuks.

Der Kautschuk ist durch seine eigenartige Dehnbarkeit gekennzeichnet. In vulkanisiertem Zustand läßt er sich bis auf 25

Die polnische Regierungstrübe

ist immer noch ungelöst. Der Außenminister Skrzynski hatte vorgestern und gestern versucht, ein Kabinett auf breiter parlamentarischer Grundlage zustande zu bringen. Das ist ihm in Folge der Einigung, da die Linke einen ihr nachstehenden Kriegsminister verlangte, während die Rechte auf der Beibehaltung des zu ihr übergegangenen Kriegsministers Sikorski bestand, der jedoch erst linksstehende Offiziere in herausfordernder Weise politisch gerichtet hat. Skrzynski gilt als derjenige General, der durch Entzweiung der linksstehenden Schichten, was Bewaffnung der rechtsstehenden Soldaten und reaktionäre Personalpolitik im Heer eine Diktatur der äußersten Rechten bereiten will. Die Linksparteien lehnten seine Wiederkehr ab. b. Skrzynski, der ohnehin das Kabinett nur bilden, das Ministerpräsident aber dann wieder abgeben wollte, hat daraufhin verzichtet. Er will sich offenbar für die Außenpolitik reservieren. Der Staatspräsident hat jetzt zum zweitenmal den der Großpolen-Partei „Prasa“ angehörenden Sejm-Marjall (Kammerpräsidenten) Katala mit der Regierungsbildung beauftragt, der am Sturze Skrzynskis besonders aktiv mitgewirkt hat, aber selbst weder links noch rechts besonders großes Vertrauen genießt.

Eintritt des Bauernführers Radkisch in die südslowenische Regierung.

Aus Belgrad meldet R.A.: Wie die Agentur Prasa meldet, ist die durch den Eintritt des Ministers für öffentlichen Unterricht entlassene slowenische Krise durch die Ernennung von Stefan Radkisch, des Führers der kroatischen Bauernpartei, zum Unterrichtsminister beendet. Der neue Minister wurde im Beisein des Königs und des Ministerpräsidenten vereidigt.

Der Eintritt des vor kurzem noch in scharfer Opposition stehenden kroatischen Bauernführers in die Regierung widerlegt endgültig alle Prophezeiungen über den schwachen Zusammenhalt des jungen Südslawenstaates. Die kroatischen Bauern hatten infolge des scharf zentralistischen großserbischen Beamten- und Militärsystemes in Belgrad nicht nur der Regierung, sondern auch der Staatsform widerstrebt. Der Ausgleich mit ihren Wünschen ist eine staatsmännische Leistung der Südslawenführer, die ihnen mancher hochnährige Kritiker zum Beispiel in den Kreisen der alten österreichisch-ungarischen Diplomatie niemals zugestanden hätte. Südslawien wird jetzt sowohl keine schmerzigen Nachbarschaftsverhältnisse mit dem faschistischen Italien wie auch einen neuen Konflikt mit dem Vatikan ohne innere Schwierigkeiten in Ordnung bringen können.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Zustand der Druzen gewinnt nach den Pariser Meldungen aus Syrien immer mehr und mehr an Ausdehnung. Eine dieser Tage aus christlichen Freiwilligen gebildete Armee soll eine größere Niederlage erlitten haben. Im Glauben, die Druzen hätten sich zurückgezogen, seien die Truppen vorgerückt, als sie plötzlich von den Aufständischen überfallen worden seien. Im Laufe des Gefechts hätten sich die der christlichen Armee angehörenden Eingeborenen gegen die französischen Soldaten gewandt und damit deren Niederlage besiegelt. Außerdem hätten die französischen Truppen nach hartnäckigem Kampfe, in dem 300 Mann gefallen seien, mehrere Städte aufgeben müssen. Da die innere Grenze gänzlich von französischen Truppen entblößt sei, werde sie von englischen Fliegern überwacht und die englischen Grenztruppen hätten angeordnet, die bedrohlichen Ausdehnung, die die Erhebung nehme, bereits Verhältnisse erhalten. General Goussin soll 50000 Mann Verstärkung angefordert und die französische Regierung mitgeteilt haben, nur mit Hilfe dieser Verstärkungen könne die Lage in Syrien wiederhergestellt werden.

Bei Wahlen in Australien erhielten die Nationalisten 38 Sitze, die Farmer 14, die Arbeiterpartei 23 Sitze. Die rechtsstehende Regierung hat somit ohne Einschlag der Farmer eine Mehrheit im Parlament.

Volksabstimmung über ein Alkoholverbot in Neuseeland. Die jedes Dritte Jahr in der britischen Besitzung Neuseeland stattfindende Volksabstimmung hat folgendes Ergebnis gegeben: Für das Verbot 301 000 Stimmen; für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems 278 000 Stimmen; für die Sozialisierung des Alkoholhandels 52 000 Stimmen. Die Abstimmung des Jahres 1922 gab 300 792 Stimmen für das Verbot, 262 639 für die Aufrechterhaltung, 35 727 für die Sozialisierung. Da das Verbot nicht in Kraft treten kann, bevor seine Anhänger mehr Stimmen als die zwei anderen Gruppen zukommen erhalten haben, so bleibt in Neu-Seeland für drei weitere Jahre alles beim alten.

Blutige Schlägerei in einer Hafenkreuzerparade. In einer von der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einberufenen Chemnitzer Versammlung kam es zwischen zahlreich erschienenen Kommunisten und den nationalsozialistischen Versammlungsleitern zu einer schweren Schlägerei, bei der 60 Personen, darunter 2 Polizeibeamte, teils schwerer, teils leichter verletzt wurden. Ein 24jähriger Arbeiter ist im Krankenhaus an den erlittenen Verwundungen gestorben. Der Polizei gelang es, die Mordschreie zu verhaften.

Aus aller Welt.

Ueberfall im Straßenbahnhof.

In einem Straßenbahnhof Roms drangen heute nacht kurz vor drei Uhr, als der letzte Taxifahrer nach seiner Abrechnung eben den Hof verlassen hatte, vier maskierte Männer ein. Nach den Hof verlassenen Taxifahrer, vier maskierte Männer ein. Nach den Hof verlassenen Taxifahrer, vier maskierte Männer ein. Nach den Hof verlassenen Taxifahrer, vier maskierte Männer ein.

Das Urteil im Bohmer-Prozess.

Die Gräfin Bohmer ist wegen Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und in das Potsdamer Gefängnis eingewiesen worden. Sie will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Bernsteinsten Kratzenlieb.

Der Berliner Privatgelehrte Dr. Haub, der wegen Diebstahls von Autogrammen, Briefen und anderen wertvollen Schriftstücken angeklagt war, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Mitangeklagte Hohenloher wurde freigesprochen.

Angerstein hingerichtet.

Vorgestern morgen wurde im Hofe des Gefängnisses von Greinberg bei Umburg der Massenmörder Angerstein mit dem Galgen hingerichtet. Angerstein ging ruhig und gefasst zur Richtstätte.

Ein Knappe auf Afrika.

In England ist kürzlich ein Pferd zum Gegenstand einer Auktionsangelegenheit gemacht worden. Diese „Pferde“ wurde dem Drehscheiber Hanna zugekauft, den sein Bekannter Harry Marsh für den Kauf einer Zeitung in die um das Pferd herum gegründete Auktionsgesellschaft einbrachte. Ungefähr den dritten Teil der Aktien hat Marsh selbst übernommen. Die ganze Transaktion, die in der Vermögensgeschichte Englands und wohl auch in der aller anderen

1200fache abdehnen, dagegen wird er feil, wenn er eine gewisse Dehnung erreicht hat. Um diese Erscheinung aufzuklären, hat R. T. Kay-Kopenhagen die Röntgenpeltrographie zu Hilfe genommen und über seine Versuche während der letzten Kolloidtagung berichtet. Aus diesen Untersuchungen kann man schließen, daß in dem gedehnten Kautschuk eine dreidimensionale Gitterordnung vorhanden ist wie in einem Kristall. Ist der Körper maximal gedehnt, dann sind die Kristallinterferenzen so groß, daß man annehmen muß, der Körper bestünde nur aus Kristall. Bildet sich das dreidimensionale Gitter durch die Dehnung neu oder ist es schon in ungeordnetem Zustand vorhanden? Nach den Versuchen von Kay kann man annehmen, daß sie neu entstanden sind.

Folgeschwere Explosion auf einem Dampfer.

Der Rüstendampfer „Lenape“ mit 200 Passagieren geriet auf der Fahrt nach Jacksonville in Brand. Auf dem brennenden Dampfer ereignete sich eine heftige Explosion, wobei das Schiff auseinanderbrach. Der größte Teil der Passagiere dürfte ums Leben gekommen sein.

Ein neuer Komet.

In der Konfederation des Jagdhundes ist in Amerika ein neuer Komet von acht bis neunter Größe entdeckt worden.

Großer Brand in New-Orleans.

Auf dem Kai von New-Orleans am Mississippi-Ufer brach ein Feuer aus, das sich auf sieben Häuser ausdehnte. Der dadurch verursachte Schaden wird auf drei Millionen Dollar geschätzt.

Eine wunderbare Heilung.

Ein kräftiger alter Herr sagt zu einem Invaliden, mit dem er zusammen auf einer Bank im Park des Kurortes sitzt: „Wollen Sie mir wohl glauben, daß ich zuerst, als ich hierher kam, kein Wort sprechen konnte, daß ich nicht imstande war, nach der anderen Seite dieses kleinen Weges zu laufen und daß ich die Treppen hinauf und herunter getragen werden mußte?“

Der Invalide fragt mit großem Interesse: „Und sind Sie nun durch die Kur wirklich gesund geworden?“

Der robuste Herr entgegnet: „Eine Kur war es nicht gerade, Sie müssen nämlich wissen, daß ich hier geboren bin.“

(Aus der Welt, Haag.)

Männergesang-Verein „Cäcilia“ Breslau
Gegründet 1879.
Tatsächlich, 22. Novbr., abends 8 Uhr
großer Saal des Gewerkschaftshauses, Hauptstadtstr. 11:
Chor-Konzert.
Leitung: Werner Sander.
Mitwirkung: Käthe Heidersbach (Stadttheater).
Am Flügel: Heinrich Habersleben.
Am Orgel: Heinrich Habersleben.
An dem Programm: Klavierkonzert von Liszt. 5152
„Voll“ von H. Heine, „Liedern“ von Spitta.
Karten zu 0,75, 1,00 u. 1,50 (exkl. Steuer) bei
Hainauer, Barasch, im Gewerkschaftshaus und an
der Abendkasse

Stadt-Theater
Donnerstag, 7 Uhr:
2. Gastspiel
Richard Schuberth
„Zornhäuser.“
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Jenufa.“ 5120
Samstags, 7 1/2 Uhr:
„Indigo.“

**Bereinigte Theater
Lobtheater**
Reifingstr. 5, Tel. 9. 6774
Donnerstag, 19. Nov., 8 Uhr:
Freitag, 20. Nov., 8 Uhr:
„Don Karlos“,
Infant von Spanien.

Thalia-Theater
Schwerstr. 3, Tel. 9. 6760
Donnerstag, 19. Nov., 8 Uhr:
Freitag, 20. Nov., 8 Uhr:
Max Ballenberg
Familie Schmel.
Breslau, 20. Nov., 8 Uhr:
Max Ballenberg
„Die Dampfmaschine“

Ueblich - Theater
Telefon Stephan 3450
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel
Schwestern Swanson
und Brüder Rigoletto
„Variété im Variété“,
Aärlan Singels
10 Elefanten
und 8 sensationelle
Variété - Neuheiten.
Eintrittspreise von 1 RM. an
1 Parkett 3 RM.

Uhren 5154
gut reguliert,
2. Trauringe
Goldwaren
Preise billigt
Gegründet 1899
R. Blütz
Ohlauer Straße 48
Zwischen Poststraße und
Neue Gasse.
Vorzeiger dieses
5 Prozent
Rabatt!

Stralsunder
Spielkarten à 90
H. Qualität empfiehlt
C. Kreisler
Lohse- u. Bräuer-Handlung
Schwiedebücke 28.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Stephan 37460.
Donnerstag und Freitag
8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuba:
Wiener Blut.

Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Eini Leuz
Auftreten Walter Jankuba
in neuer Ausstattung.
Zum 1. Male!
Der Orlow.

Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Auftreten Walter Jankuba
**„Gräfin
Mariza“.** 5129

Sonntag v. Nachm. 8 Uhr:
Gastspiel Eini Leuz
Auftreten Walter Jankuba
in neuer Ausstattung
Der Orlow.

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihre 5159
Herren-Bekleidung
auf **Zeitzahlung**
betrachten in der Fabrik kaufen.
Winter-Mäntel 26⁵⁰ an
Anzüge 22⁵⁰ an
Rob. Hänel
Herrenkleiderfabrik
Katharinenstr. 9, I. Stock.

Möbel Eingangs-
Sende
oder
an
Eichen, Schrein, Schränke,
Bettstellen, Küchen, Schließ-
und Speisezimmer 4944
aus
eifert
Hand
bietet u.
Großes Lager, Garantie,
Zahlungserleichterung.
G. Fuchs
Züchlermeister
Miersdorfstr. 24, 501 links
und 51. Katharinenstr. 7, I,
an der Zingergasse.

**Herren-Paletot-
Ulster- u. Anzugstoffe
Affenhaut und Kostümstoffe
Seidenplüsch**
Größte Auswahl! Stadtbekannt billigste Preise!
**Hermann Kallischer (Detail-
Abt.)**
Karisplatz 4

Gummi-Mäntel 14.50
Herren-Anzüge 22.50
Gestreifte Breeches-Hosen . 9.00
Wilhelm Knauerhase
Breslau I, Hauptstadtstr. 16 (105-115) links
Vorzeiger dieses Inserates erhält 5% Rabatt.

Die „Frauenwelt“ den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!
„Frauenwelt“
eine Halbmonatsschrift für die Frau
des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsverlegern.

Berühmte unsere Inferenten!
Meiner wertigen Kundschaft
biete ich aus meinem modernen Molkereibetriebe:
Pasteurisierte u. tiefgekühlte Vollmilch, Butter-
milch, Magermilch, Schlagsahne, Kaffeesahne,
täglich frischen Speisequark. 5158
Ich suche noch Wiederverkäufer.
Emanuel Kroll,
Alsenstraße 21. Telefon: Ohle 5646

B. Wollserge
Nr. 140-200 Str., Käper
Str. 70 Str., Schwanen Str.
45 Str. bis 130 Str., Kermel-
butter 90 Str. bis 130 Str.,
Ganz 1000 Meter in allen
Räumen 40 bis 90 Str. 5147
Kermelbutter 700 Granit 65 Str.
Berthold Lippert
Bismarckstraße 16.
Unzerreißbare
Arbeits-
hosen
Eigene Anfertigung
Oskar Behmel
Neumarkt 45.

Preisabbau
Um meinen werten Kunden den
Einkauf in dieser schweren Zeit zu
erleichtern, habe ich meine Preise,
trotzdem ich als billig bekannt bin,
nachmals herabgesetzt.
Ich unterhalte ein enormes Lager in modernen
Damen- u. Mädchenmänteln
Kleidern in Wolle und Seide
Kostümen, Kinderkleidern u. Kasaks
Ich bin stets bemüht, meiner werten Kundschaft
die größtmöglichen Vorteile zu bieten.
Preise nennen hat keinen Zweck
Ueberzeugung macht wahr
Besichtigung ohne Kaufzwang
S. Leuchtag
Spezialhaus für Damen- u. Mädchen Garderobe
gr. Umfangs 612
Schmiedebrücke 55
Gegr. 1886. Ecke Kupferschmiedestr., part. u. 1. Etg. Gegr. 1886

Sparen
heißt
Verdienen!
Blauband
Schwan
Frischgeklaut
Statt Butter
essen heißt: Bei jedem Pfund
Mk. 1.50 Verdienen.
Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“
das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“
kostenlos zu verlangen.

Buchhandlung Volkswacht
Modernes Antiquariat
Breslau 3, N. Graupenstr. 3

Gustav Kietz, Matthiasstr. 162
Telefon Ohle 6347
Großwäanderei und Feinplätterei
Ohle 6347

Wenn Sie richtig kalkulieren
und die ungemein beruhigende Wirkung
der Cigarette
**GELBE
SORTE
REEMTSMA**
einrechnen, dann sind 6 Pfg. wenig Geld

Direkt aus Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel
liefern wir für
Mk. **2¹⁰** per Liter
einschl. Steuer
den berühmten
Alten Breslauer 35⁰⁰
Rum-Facon 38 0/0 Mk. **2⁸⁰**
Jamaika-Rum-Verschnitt Mk. **3⁵⁰**
Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
Mk. **3⁰⁰** und **3⁶⁰** per
Liter
Dampf-Destillierwerk 5152
Herzberg & Co.
Häufchenstraße 48, Michaelisstraße 3.

Ergeben ersuchen:
Huge Heimann, W. d. R.
Der Kampf
um die Aufwertung
von Helferrich bis Hindenburg
Wie ihn die
Deutschnationalen und die
Sozialdemokraten
führten
Preis 1 Mark
Zu beziehen durch:
Volkswacht, Buchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 3

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Montag, den 23. November, finden in allen Distrikten außerordentliche Distriktsversammlungen statt. Jedes Parteimitglied sollte sich für diesen Abend frei und erpöcklich bestimmen in dieser Versammlung.

Breslauer Nachrichten. Breslau, 19. November. Großstadt.

Tag und Nacht anhaltender Verkehr, großes Licht, das die Nacht taghell erleuchtet, Vergnügungsgstätten nur erdenklicher Art, die zu raffiniertester Nervenaufregung anlocken.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie hinein in eines dieser Häuser, das von außen allen denen gleich, die in der Umgegend liegen, und lerne die Großstadt kennen. Ein oder zwei kleine Höfe werden von hohen Häusern umgeben, die trotz großer Sauberkeit den Stempel bitterer Armut trägt. Sie liegt, das der Bedienstete des Mannes, der dort arbeiten muß, nicht hin und her schauend, trotzdem er nicht hier über glücklich, daß er überhaupt noch Arbeit hat. Von Mietskajernen weiß sie zu erzählen, deren wirtschaftliche Lage noch bedauerlicher unglücklicher ist, als die übrigen.

Im Gange in eines dieser Quartiere empfängt dich ein kleines elend aussehendes Weib, nicht verwahrloht, deutlich nicht zu, daß sie vermisst ist, durch Sauberkeit das Aussehen ihres jadenkleidigen, alten Gewandes zu erhöhen. Sie führt dich in ihre Mietskajerne, die trotz großer Sauberkeit den Stempel bitterer Armut trägt. Sie liegt, das der Bedienstete des Mannes, der dort arbeiten muß, nicht hin und her schauend, trotzdem er nicht hier über glücklich, daß er überhaupt noch Arbeit hat.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

Wie das aber die Großstadt, der ob diesem Blendwerk die Herzen so mancher Kleinasiatis- und Landbewohners entgegenlagern? Nein! Die unzähligen Mietskajernen, in deren zum Teil elenden Behausungen das schaffende Volk neugierig, die hier und dort in Mietskajernen, die all diesen Brant wie eine feste Umgehung, das ist die Großstadt, mit all ihrem Glanz, ihren Sorgen, ihrer Hast und dem Kampf ums tägliche Brot.

höher anbieten, nicht Damen und Herren in warme Mäntel gehüllt, ungerührt an einem alten Müllertein vorbeigehen, daß ihnen die Hand entgegenstreckt.

Der Zutritt zu Theatern, Gast- und Vergnügungsgstätten wird von deiner Kleidung und deinem Geldebeutel abhängig gemacht und du findest beständig, daß all dieser Brant der Großstadt nur flimmernder Schein ist, den den Massen des Großstadtkaffees, die mit ihren sauer verdienten Groschen kaum das Lebensnotwendige zu beschaffen vermögen, vorenthalten zu und nur wenigen Großstädtern die sich von dem Lohne der Arbeitenden Willen bauen lassen, Genüsse und Zerstreungen zu gewähren.

Da wendest dich um wenn du ein ehrlicher Mensch bist, lebst in den nächsten, freudlosen Teil der Großstadt zurück, den Massen zu, um mit ihnen dafür zu kämpfen, daß sie für ihre Arbeit auch den Lohn selbst erhalten und sich nicht andere damit müssen, daß mehr Sonnenwärme und Freude am Leben auch in die düsteren Winkel der Großstadt einströmen kann und ein freieres Menschengeschlecht geboren wird.

Am kommenden Sonntag stelle sich jeder zur Flugblattverbreitung zur Verfügung.

Geschäft! In der unter Auschluss der Öffentlichkeit erscheinenden „Schlesischen Volksstimme“ verabschiedet sich der bisherige Schriftleiter, Dr. Siegfried Hermann, von seinen Lesern, da er, wie er selbst berichtet, in Berlin eine „vorteilhaftere“ Stellung erhalten hat.

Während dieser aber seinen Posten über hat und hoch loswandern kann, muß in der gleichen Nummer Herr Kessel, Hohenstraße 36/38, Ostviere und Ostviere, die sich „bedingungslos“ hinter Lindendort stellen wollen. Herr, also, die denjenigen auf Ostviere, die in ihrem Geschäft sind oder bereits Aussicht gehabt haben, Unteroffiziersvorsüßler zu werden, das dürfte wohl egal sein! Die Hauptfrage: Die „Bedingungslos“ Gefolgschaft für Herrn Lindendort kommt zusammen, vielleicht um ihn wieder einmal nach Schweden zu begleiten oder mit ihm gemeinsam das Leben der hiesigen Volks modern zu machen oder auch bedingungslos Lindendort anzubieten!

Auf der letzten Seite dieses bedeutenden Zeitung fragt der „Lindendort“ alle vollkündigen Jünglinge: „Wo bleibt ihr?“ Wann kommen sie nicht?

Eine Jungfrau, die sich hat weiß.

Von den Breslauer Badermeistern ist bekannt, daß sie gewöhnlich sind, nicht unter 100 Prozent Gewinn zu arbeiten. Erst vor einigen Tagen waren wir in der Lage, der Breslauer Badermeistern nachzuweisen zu können, daß mit der Verbilligung der Semmeln behelfe kein Vorteil für die Breslauer Badermeister entsteht. Die Breslauer Badermeistern verheißt es, den Wagen im Geleise zu behalten. Aber wo anders verkehrt man es auch. Der Briefer „Volkzeitung“ vom 14. November entnehmen wir die Tatsache, daß die Badermeistern Dreg einen Beschluß fassen, wonach bei dem Verkauf von Preßhefe auf das Hund zehn Pfennige Zuschlag erhoben werden. Zu welchem Zweck? Nun die Badermeistern von Breg Brandt unbedingt eine Hälfte, je etwa für 800 bis 900 Mark. Da es den Badermeistern so entgegnet schlecht geht, müssen sie, wie bei ihnen üblich, die Konsumenten in Anspruch nehmen, die schon bezahlen werden. Dabei kommt dann heraus: Eine Zahne und die Einweihungsfeier. Und was die Hauptsache ist: die hundert Prozent Gewinn bleiben unangeführt.

Womit hat der Arbeitnehmer die einzig richtige Antwort gegenüber seinem Handeln zu geben? Mit dem sofortigen Eintritt in die Gewerkschaft.

Anschlüsse an das Elektrizitätswert.

Die hiesigen Betriebsdeputation teilt mit: Die Städtischen Elektrizitätswerte unterscheiden zwischen Hausanschluß und Verbindungsleitung. Der Hausanschluß ist die Kabellleitung, welche von den Straßenkabeln ins Haus führt und mit der Hausanschlußleitung endet. Die Verbindungsleitung ist diejenige Leitung, welche von der Hausanschlußleitung ausgehend zu den Wohnungen und gewerblichen Anlagen führt und am Elektrizitätswert dieser Anlagen endet. Der Hausanschluß wird nur von den Elektrizitätswerten hergestellt und bleibt nach den Stromlieferungsbedingungen stets dem Eigentümer; die Unterhaltungsverpflichtung für den Hausanschluß liegt bei den Elektrizitätswerten. Gleichgültig ist hierbei, ob die Kosten des Hausanschlusses gar nicht oder ganz oder ganz von dem Besitzer getragen worden sind und weiterhin, ob dieser Besitzer der Hauswirt oder ein Mieter war. Hiernach können die Elektrizitätswerte die Mitbenutzung eines Hausanschlusses durch einen späteren Stromabnehmer nicht von der Genehmigung des Bestellers abhängig machen oder verlangen, daß eine anteilige Gebühr an diesen entrichtet wird. Anders liegt es bei der Verbindungsleitung. Hier behalten die Elektrizitätswerte nach Bezahlung ein Eigentumsrecht nicht. Sie haben nach den Stromlieferungsbedingungen nur das Recht, Abzweigungen von ihr zu anderen Einnahmestellen desselben Gebäudes soweit die Leitung nach dem Ermessen der Elektrizitätswerte hierzu ausreicht, ohne Entschädigung des Eigentümers zu machen. Hierdurch soll er-

möglicht werden, daß einem Strombedürftigen sofort Rechnung getragen werden kann. Die Elektrizitätswerte haben es jedoch jederzeit für richtig erachtet, daß der neue Anschlußnehmer dem Eigentümer Anteilstkosten der Verbindungsleitung zahlt. Nach den angeführten Stromlieferungsbedingungen sind die Elektrizitätswerte aber nicht in der Lage, einen diesbezüglichen Zwang auf den neuen Stromabnehmer auszuüben. Sie müssen es vielmehr dem Eigentümer selbst überlassen, seine Ansprüche an jenen mittelbar geltend zu machen. Sie waren und sind jederzeit bereit, die Anteilstkosten festzustellen.

Parteienoffizieren und Genossen!

Wenn wir uns mit den Gegenwartsaufgaben unserer Bewegung beschäftigen, so vergessen wir immer, zu fragen, ob auch die künftige Generation alles das, was wir uns erkämpfen, hatten und weiter ausbauen wird. Wir müssen deswegen einsehen, daß die Erziehung der künftigen Generation im Sinne unseres Kampfes mit die wichtigste Gegenwartsaufgabe ist. Wir müssen der Erziehungsbewegung der Arbeiterklasse, den weltlichen Schulen und den Arbeiterkindertreffenden, größere Aufmerksamkeit zuwenden und sie tatkräftiger unterstützen. Es ist also notwendig, daß ihr alle die heutige Elternversammlung der Arbeitergemeinschaft der Arbeiterkindertreffenden, die abends 7 1/2 Uhr im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses stattfindet, und in der über „Die Reichskonferenz der Kinderfreunde in Jena“ und über die „Aufgaben der Breslauer Arbeiterklasse“ gesprochen werden wird, besucht.

Was die Stauplätze künftigen Geschlechters.

zu erzählen hat.

In die Stauplätze vor dem Rathaus ist am Montag eine Urkunde eingeklebt worden. Sie stellt eine Arbeit des akademischen Malers und Lehrers an der Kunstakademie zu Breslau, Herrn Zindbat, dar. Die Arbeiten an der Säule werden noch mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Die Urkunde lautet:

Am 10. Februar 1925 zerstörte ein Sturm die Bekrönung dieser Säule, das sogenannte Außenmännchen. Eine Untersuchung ergab, daß der ganze obere Teil der Säule durch Witterung und Alter, besonders aber durch die rötlichen Eisenbüdel so zerfetzt und zertrümmert war, daß er sich an Ort und Stelle nicht mehr erhalten ließ. Durch Beschluß vom 19. Juni 1925 stimmte die Stadtverordnetenversammlung dem zu. Die Ausführung wurde in der Sitzung der Stadtdirektion am 11. Juli 1925 der Firma Klinge & Boettel, hierorts, freihändig zum Preise von 6954,50 Mark übertragen. Zur Verwendung gelangte der Hohenauer Sandstein aus den Brüchen der Firma Schleifische Stein-Industrie, normals Kiesel & Klinker, hierorts. Die Modelle fertigte für das Außenmännchen der Bildhauer Reinhard Hilger, für die übrigen Tierformen der Bildhauer Karl Ulrich, beide in Breslau. Die Wiederherstellungskosten betragen das hiesige Reichsmark 11. 2. Magistratsrat Georg Müller, Stadtbaurat Bruno Windt, die Bildhauerarbeiten, die bei der Verwitterung der alten Säule vielfach Resonanzstrukturen erforderten, wurden begutachtet durch den Herrn Landesbaurat und Provinzialkonservator Dr. Ludwig Burgemeister und den ersten Kustos am Schleifischen Museum der bildenden Künste, Dr. Wiese. Die Wiederherstellung der erneuerten Säule begann im November 1925. Die alten Säule sind dem Schleifischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer überwiesen worden und sollen dort im nächsten Jahre an geeigneter Stelle wieder aufgestellt werden. — Präsident des Deutschen Reiches war Paul von Hindenburg und Hindenburg, — Oberbürgermeister der Stadt Breslau gehörten an: Dr. Wagner, Oberbürgermeister, Dr. Heißel, Bürgermeister, Matthes, Kämmerer, Dr. Trauer, Stadtbaurat für Tiefbau, Dr. Lauterbach, Stadtschulrat, Zillner, Stadtschulrat und Stadtbaurat für Maschinenbau, Dr. Friedel, Dr. Fuchs, Dr. Landsberg, Neukirch, Schmidt, Tzinger, Dr. Tzobler, als besoldete Stadträte, Bed, Breutig, Cohn, Fren, Dr. Humann, Rathbrenner, Leh, Löffel, Kahl, Scholt, Senf, Sieffens, Tild, Jiegou als unbesoldete Stadträte. Die Stelle des Stadtbaurats für Hochbau, sowie die eines besoldeten und unbesoldeten Stadtrates waren unbesetzt. Der Vorstand der Stadtverordnetenversammlung bestand aus Dr. Friedrich, Vorsitzender, Dr. Gochlich, Stellvertreter, Baul, 1. Beisitzer, Seutter, 2. Beisitzer, Frau Ollendorf, Beisitzer-Stellvertreter, Wanderscheid, Beisitzer-Stellvertreter. Der Stundenlohn eines Steinmetzen betrug 1,05 Reichsmark. Das Pfund Regenrot kostete 0,16 Reichsmark. In Hartgeld waren im Umlauf: Stücke zu 5, 3, 2 und 1 Reichsmark, Stücke zu 3 und 1 Rentenmark (in Silber), 50 — 10 — 5 Rentenpfennige (Kupfer). Die jetzt erneuerte Stauplätze ist laut Inschrift im Jahre 1492 errichtet worden. Sie wurde wiederholt instand gesetzt, so in den Jahren 1607 (Inschrift am Sockel), 1675 und 1715 nach Ausweis des hiesigen Baubuches, 1738 (Inschrift am Sockel). Die letzte Einrichtung erfolgte an dieser Stelle im Jahre 1651, die letzte öffentliche Auspflanzung am Ende des 16. Jahrhunderts, Ketten und Ringe zur Befestigung der Strahlringe wurden im Jahre 1848 befestigt. Eine größere Instandsetzung erfolgte abermals im Jahre 1854 durch den Bildhauer Dechmel mit einem Kostenaufwande von 171 T. lern. Kleinere Ausbesserungen folgten in den Jahren 1907 und 1911.

In Jahre 1925 erneuerte man mit Ausnahme des Schaftes alle Teile in der ursprünglichen Form und Weise, soweit sich dies nach feststellen ließ. Geändert wurde lediglich folgendes: Alle Tübel und Verankerungen wurden aus Messing und Bronze hergestellt. Das hängende Maßwerk an diesem Steine, welches bisher zum Teil am eisernen Haken hing, wurde mit dem Hauptsteine aus einem Stücke ausgeführt. Das Kopfstück der offenen Pyramide wurde der besseren Haltbarkeit wegen ebenfalls mit der Kreuzblume zusammen aus einem Stücke angefertigt.

Arbeiter-Jugend.

Wahlarbeit. Wir müssen diesen Sonntag für den Bezirk zur Wahlarbeit vier Gruppen stellen. Alle Genossen, die daran teilnehmen wollen, treffen sich heute abend im Chor. Sämtliche Tagelöhner auf der Eisenbahn werden zurückverflattet.

Heim 5 und 6. Pünktlich 7 Uhr: Funktionärfrühung, Krisis-Schule. Tagesordnung: Weihnachtsfeier.

Chorjänger. Heute abend beginnen wir mit den Proben zur Weihnachtsfeier. Jedes Chormitglied hat pünktlich um 8 Uhr im Heiligen-Geist-Gymnasium zu erscheinen.

Heim 13. Da Sonntag Totenlontag ist, muß unser angehängter Friedrich-Schiller-Abend ausfallen. Das Heim trifft sich Sonntag um 7 Uhr im Feigenlaal der Benberkschule.

Am Branger steht die Politik der Rechtsparteien! 1. Bürgermeister Genosse Burmann bekannt als schlagfertiger Widersacher der schlesischen Junker, wird Freitag, den 20. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause in öffentlicher Versammlung die Stäupung vollziehen

Sorgt für Massenbesuch!

Vom Schlesiſchen Städtetage.

Zu Sonnabend, den 21. November, vormittags 11 Uhr, hat der Schlesiſche Städtetag die Bürgermeiſter und Stadtverordneten...

Ein zweiter Biochemie-Projekt.

Mehrere Abgeber biochemischer Funktionsmittel des Biochemischen Vereins Breslau, gegründet 1913, E. B. hatten Erträge...

Eine ſozialliſtiſche Feiertunde.

Der Diſtrikt 42 beging am 14. November ſein Feiertun-vernügen in Form einer „ſozialliſtiſchen Feiertunde“.

Ein Unverbeſſerlicher.

Man hält es kaum für möglich, daß ein Menſch, erſt 27 Jahre alt, ſchon 2mal vorbeſtraft ſein kann und außer langjährigen Gefängniſtrafen auch ſchon erhebliche Juſtizausſtrafen erlitten hat.

Freiſchwerſchaftliches Jugendſtück.

Sonnabend, den 21. November, treffen wir uns abends im Gewerkschaftshaus um 8 Uhr zu einer Probe für unſere Sonnenweiber.

Schwarzarbeiter-Jugend. Die Miſſionsgruppe probt am Freitag im Muſikzimmer des „Heiligen-Geiſt-Gemeinſchafts“.

Den Vereinten Theaters in Breslau (Intendant Paul Barnag) wurde vom Miniſter für Wiſſenſchaft, Kunſt und Volksbildung die Gemeinnützigkeit zuerkannt.

Bezirksnachrichten. Regierungsrat Hermann Frieden-dorff, beim Polizeipräſidium ſchon in unter Ernennung zum Oberregierungsrat dem Polizeipräſidium Breslau überwiesen worden.

Der erſte weltliche Rechtsanwalt Dr. jur. Erna Ros-dinsky iſt jetzt beim Amts- und Landgericht in Breslau ge-ſchieden worden.

Jeppelin-Gedächtnis-Spende! Nachdem die erdgiltige Zulage von Herrn Dr. Ederer eingetroffen iſt, wird er am Sonntag, den 22. November, vormittags 10 Uhr, im Schauspielhaus ſelbſt eine Anſprache halten, um für die Volkſpende zu werben.

Schleſiſche Geſellſchaft für Erdkunde zu Breslau, E. B. Am Freitag beſah die Geſellſchaft ihre diesjährige Winter-versammlungsreihe. Ihr Vorſitzender, Herr Profeſſor Dr. Frieden-dorff, eröffnete den Abend mit einem kurzen Rückblick auf den 21. November 1925.

Der erſte weltliche Rechtsanwalt Dr. jur. Erna Ros-dinsky iſt jetzt beim Amts- und Landgericht in Breslau ge-ſchieden worden.

wurde den Zuhörern berichtet und an nach dem Vortrag ge-zeigten Lichtbildern erläutert. — Besondere Aufmerksam-keit hatte Geheimrat Reiß auf die Insel Curaçao ge-richtet, von der er große Teile während seines Aufenthaltes geologisch kartierte (im Maßſtab 1:20000) trotz der großen Schwierigkeiten, welche die Karrenfelder des dortigen Schotter-falles zuſammen mit der aufs äußerſte durch Stacheln, Dornen und Keſſeln bewehrten Vegetation jedem Abweichen vom Wege bereiten.

* Eine Räuberſtipe erzählt. Die in Nummer 311 der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ vom 12. d. Mis. gedruckte Notiz, wonach am Dienstag, den 10. November in Jimpel ein Raub-überfall auf einen Patienten verübt worden ſein ſoll, trifft nicht zu.

* Kindesleiche. Am 21. Oktober, vormittags gegen 10 Uhr, wurde an der rechten Ostwärtigen Oederſtr. oberhalb der Bohner-Engelbrücke, zwischen der zweiten und dritten Buhne von der Straße aus geſehen, eine Kindesleiche männlichen Geſchlechts, die im Waſſer am Ufer lag, aufgefunden.

* Felgenommen wurde ein 22-jähriges Dienſtmädchen von hier, das am 30. Oktober in den Abendstunden ſein neugeborenes Kind, ein Mädchen, in den Schloßpark bei der Nähe der Friedhofbrücke ſtraßenwärts ertränkte.

Bereinskalender.

- Kreie Sportfreunde, e. V. Freitag, den 20. November, 7 Uhr: Jugendversammlung.
Schwäbische und Reſſelſchmiede. Heute abend 7 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung.

Genossen!

Nützt jede Gelegenheit, um auf die ungeheure Bedeutung der Provinzial-Landtagswahlen hinzuweisen.

Stadt-Theater.

„Die Reiterſinger von Nürnberg.“ Gaſtſpiel Richard Schaubert. Schauberts Dramen ſind in völliger Blüte. Es hatte an der Wiener Hofbühnen Geſchichte, ſich beſonders zu entfalten.

Lobe-Theater.

Don Carlos. In der Aufführung des Don Carlos ſand am Mittwoch eine Umkehrung ſtatt. Herr Schild gab eine Königin, deren Abweſenheit und Zurückſehen mehr der Verlegenheit einer Waiſenſtatt gleich, der man gar keine Vorſchläge macht, als der eines Königs.

Schauspielhaus.

„Der Evangelmann.“ Es bleibt unſterblich, weshalb die Generalintendant die Reſzenſierung des „Evangelmanns“ auf andere Operntänze verſpazte. Als Bühlageneraſion hätte die Aufführung vor allen Dingen in Breslau geſehen. Aber andere Gründe zu ver-ſuchen uns, kürzliche Proben gegen ſolche Experimente zu ver-ſuchen.

„Kunſtler mache mit viel Geſchick und wenig echtem Geiſt“ ſagt Herr Andra, einen draſſigen Schneider Hans Baron. Dabei ſtrauchelt beſtändig auf die geſchäftliche Ausbeutung der Magdalena. Angenehm tat ſich der junge Theo Baraſch hervor.

Konzerte.

4. Abonnements-Konzert. Ein Tebeum, wie etwa das bekannte Tebeum Bränders, paßt und erſchütternd tief in ſeiner großartigen, elementaren Macht. Wichtigſte Klänge ſind die ſonoren Klänge der Hornen.

Ämtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarttes.

Table with columns for animal types (Kühe, Kälber, Schafe, Schweine) and their respective counts and prices. Includes sub-sections for different breeds and qualities.

Baefe mit „Bacfin“

dann biſt du ſicher! Das iſt der erſte und beſte Rat erfahrener Hausfrauen, die auf ihr Backen ſtolz ſind.

Käsekuchen

Zutaten: Teig: 65 g Butter, 60 g Zucker, 150 g Weizenmehl. Belag: 1 1/2 Pfd. Quark, 200 g Zucker, 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanillin-Zucker.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein gemeinsames Demagogenstück des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband verleiht nicht als Verleiher die photographische Wiedergabe eines Mitgliedsbuches des Zentralverbandes der Angestellten. Die Mitgliedsbücher des Verbandes sind unentgeltlich gemacht, ebenso der Mitgliedsnamen auf den das Buch ausgestellt war. Das Bild zeigt das ehemalige Mitglied des J. d. A. außer einigen Sammelmarken für das Gewerkschaftshaus in Kiel und für das Jugendheim der Jugendabteilung des J. d. A., Gau Schleswig-Holstein, auch einige Unterschlüsselmarken der kommunistischen Partei gefaßt und auf die zweite Umschlagseite des Mitgliedsbuches gesetzt hat. Diese letztere Tatsache benutzt nun der D. H. B. und dichtet dem J. d. A. an, er sei ein sozialistischer Kommunist und verleihe die Beiträge seiner Mitglieder für Partei- und volkfeindliche Parteizwecke.

Der beruflich angehende ist, das Verbandsorgan des D. H. B. „Handlungsgehilfen“, zu veröffentlichen, wird sich über nichts mehr zu äußern, was von dieser Organisation kommt. Was sich jedoch von dem D. H. B. mit der Herausgabe dieser photographischen Wiedergabe der Mitgliedsbücher an Gemeinheit und Niederigkeit alles bisher Bekannte, übertrifft an Gemeinheit und Niederigkeit alles bisher Bekannte. Keine andere Gewerkschaft ist von den Kommunisten so geschändet und verächtlich worden wie der Zentralverband der Angestellten. Das ist auch dem D. H. B. bekannt; denn er beruft sich in seinen Veröffentlichungen gegen den J. d. A. fortwährend auf die Kommunisten als Kronzeugen und macht sich deren Behauptungen zu eigen. Wenn der D. H. B. behauptet, der J. d. A. mißbrauche die Beiträge seiner Mitglieder für Partei- und volkfeindliche Parteizwecke, so kann er dafür keine Beweise beibringen. Der Zentralverband der Angestellten verwendet die Beiträge seiner Mitglieder lediglich für Gewerkschaftszwecke und zum Nutzen seiner Mitglieder. Wer etwas anderes behauptet, sagt bewußt die Unwahrheit und ist ein frecher Lügner.

Mit den von der kommunistischen Partei herausgegebenen Unterschlüsselmarken hat der Zentralverband nichts zu tun. Er kann demzufolge seine Mitglieder auch nicht zwingen, derartige Marken zu kaufen. Es würde übrigens an Selbstmord grenzen, wollte der J. d. A. seine Mitglieder veranlassen, eine Partei durch Kauf von Marken zu unterstützen, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die freien Gewerkschaften zu vernichten und den J. d. A. zu zerschlagen. Wenn trotzdem einzelne seiner Mitglieder derartige Unterschlüsselmarken verkaufen, kann er sie nicht daran hindern. Der J. d. A. ist parteipolitisch neutral und schreibt seinen Mitgliedern keinerlei Parteipflicht vor. Diese parteipolitische Neutralität hält ihn aber andererseits nicht davon ab, etwa in seinen Reihen sich unheimlich bemerkbar machende Gewerkschaftsleiter zu enttarnen und auszuschließen. Zu diesen Gewerkschaftsleitern und Schädlingen der Angestelltenbewegung rechnen wir kommunistische und sozialistische Ständer gleichermaßen.

Wir haben noch nichts davon gehört, daß der D. H. B. jemals den gleichen Mut aufgebracht und seine Organisation von der Propaganda des Fremdenwortes gereinigt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Der D. H. B. tritt offen in seinen Schriften für sogenannte „nationalistische“ Organisationen ein. Viele seiner Parteimitglieder spielen eine große Rolle in denjenigen Organisationen, die faktisch unbedeutende Personen ins Leben rufen. Der D. H. B. hat schon einmal vor mehreren Jahren das Recht von dem kommunistischen Zentralverband der Angestellten aufgegeben. Daß er dieses Wörtchen jetzt nach Jahren wieder aufwärmen muß, zeigt, wie arm an Argumenten gegen den J. d. A. er ist.

Wenn der D. H. B. ferner behauptet, die einzige parteipolitisch neutrale Gewerkschaft zu sein, so ist dies eine Unwahrheit. Keine Gewerkschaft ist politisch so einseitig wie der D. H. B. Seine Führer verdanken ihre Reichstagsmandate lediglich dem fortwährenden Angehellenverrat des D. H. B. Zahlreiche von Unternehmern befreundete sind in seinen Reihen als „unparteiische“ Mitglieder und haben einen großen Einfluß auf die Einstellung dieser Organisation. Unternehmern unterwerfen sie sogar der Mißgunst und Verachtung persönlich das Einkommen der Betriebsbeiträge für den D. H. B.

Kein denkender Angestellter kann angesichts dieser Tatsachen den D. H. B. als politisch neutral ansehen. Deshalb heraus aus dieser Gewerkschaft der Unwahrscheinlichkeit und des Angehellenverrats.

Hinzu in den Zentralverband der Angestellten!

Er ist die einzige Angestellten-Gewerkschaft, auf die die Unternehmern keinen Einfluß haben und die es wagt, erst mit der Forderung der Interessen der männlichen und weiblichen Kaufmannsgehilfen und Büroangestellten meint.

Die Kommunisten auf dem Landarbeiterfang

Nachdem es den Kommunisten unmöglich war, die von ihnen angelegene Landarbeiterorganisation halten zu können, bemühen sie sich krampfhaft, wieder in den Deutschen Landarbeiterverband einzufinden. Das heißt das Eigenverständnis der Mitglieder der Organisation voraus, das im Augenblick noch nicht vorliegt. Um es zu gewinnen, stellt man sich wieder einmal darauf ein, die Leiter des Deutschen Landarbeiterverbandes herabzusetzen. Den besten Beweis hierfür bietet ein langatmiger Aufsatz des früheren Angehellenleiters des kommunistischen Landarbeiterverbandes H. Erde in Nr. 27 der „Roten Fahne“ vom 6. November. Erde schreibt: „Wichtig ist: Die sozialdemokratischen Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes verraten seit Jahr und Tag ihre Interessen. Das kommt daher, weil diese Führer der kapitalistischen Wirtschaft dienlich sind, auf ihre Erhaltung abzielen.“

Wir sind von den Kommunisten schon allerlei gewöhnt, aber so unverschämte und gemeine Ausfällungen wie diese waren selten zu hören. Sie stellen den Höhepunkt der Verlogenheit und Unfähigkeit dar. Fest steht, daß es gerade die sozialdemokratischen Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes waren, die sich nicht scheuten, gegen die Verdrängerrollen zu wenden, die von den Kommunisten unter den Landarbeitern gespielt wurde. Vergegenwärtigen wir uns doch einmal einige Vorgänge.

Als im Jahr 1921 20.000 Landarbeiter in Döpreußen im Streik standen, gab sich die Kommunisten alle Mühe, dafür zu sorgen, daß der Streik so schnell wie möglich zusammenbrach. Gerade in den Kreisen, in denen die Kommunisten Anhänger unter den Landarbeitern hatten, leiteten die Landarbeiter auf Anraten der kommunistischen Parteileitung die Teilnahme an dem Streik ab. Es sind dies die Kreise Labiau, Tilsit, Angerburg, Insterburg und Neidenburg. In anderen Kreisen haben sich die Kommunisten ebenfalls abgemüht, den Streik kaputt zu machen. Um den kommunistischen Agitatoren nicht die Möglichkeit zu geben, behaupten zu können, wir übertrieben, geben wir nachgehend die Parole wieder, die in kommunistischen Funktionärssammlungen von Vertretern der kommunistischen Partei herausgegeben wurde:

„Die KPD. beteiligt sich am Streik nur indirekt. Die kommunistischen Funktionäre sollen versuchen, die örtlichen Streikleitungen in sozialistische Hände zu schieben, damit bei der Abregelung nicht die KPD-Funktionäre, sondern die Sozialdemokraten gemahregelt werden. Hierdurch verliert die KPD. in öffentlichen Organen, wie dadurch geschwächt und ausgetrotzt, während die KPD. ihre Funktionäre zu erhalten weiß. Der Streik ist wohl insgeheim zu fördern, aber unter keinen Umständen dürfen die kommunistischen Funktionäre sich vorsetzen.“

Dasselbe Manöver wurde damals in Meissenburg-Streik gespielt. Die Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes gaben die Parole, den Streik auf einer möglichst breiten Grundlage zu führen, und die Kommunisten sorgten dafür, daß die Arbeiter, die am Morgen ihre Arbeit niederlegten, nachmittags schon wieder im Betriebe erschienen.

In Schlesia fielen die Kommunisten mit ihren Manieren bei dem großen Landarbeiterstreik schwer ab. Infast nammehr die Parteileitung des Deutschen Landarbeiterverbandes in ihrem Streik zu unterstützen, stellte man sich abseits und kann darüber noch wie Knäuel zwischen die Beine gedrückt werden können.

Das ist die kommunistische Gewerkschaftsarbeit auf dem Lande. Sie ist mehr wie ein Verrat, sie ist eine Gemeinheit! Sie

hat dazu beigetragen, einen Landarbeiter die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, daß die Kommunisten nichts anderes als die Steigbügelhalter der landwirtschaftlichen Unternehmer sind.

Erbe sagt in der „Roten Fahne“ weiter: „An Enteignung der Kapitalisten als Voraussetzung der sozialistischen Wirtschaftsordnung denken die sozialdemokratischen Führer gar nicht. Georg Schmidt einschuldigte sich auf dem 10. Deutschen Gewerkschaftskongress in Nürnberg mit folgenden Worten: „Ich hatte die Landarbeiter auch noch nicht für fähig, die genossenschaftliche Bewirtschaftung der Güter zu übernehmen. Dieses wäre gegenwärtig ein sehr gewagtes Experiment und würde für die soziale Entwicklung des Landes meinet Ansicht nach einen gewaltigen Rückschlag bedeuten.“

Diese Ausführungen sind in Wirklichkeit getan worden. Unseres Erachtens auch mit Recht. Wer weiß, daß es bis zur Revolution einfach ein Ding der Unmöglichkeit war, die Landarbeiter auch nur im entferntesten mit sozialistischen Gedankengängen vertraut zu machen, wer ferner weiß, wie fremd viele Landarbeiter auch heute noch den Problemen sozialistischer Wirtschaftsordnung gegenüberstehen, wird zugeben müssen, daß nichts gewagter wäre, als zu einer genossenschaftlichen Bewirtschaftung aller Güter überzugehen. In Rußland hat man den Versuch unternommen. Der Erfolg war auch danach, heute zieht man wieder kapitalistische Kreise heran, weil nur durch ihre Mitwirkung ein völliger Ruin der russischen Landwirtschaft vermieden werden kann. Die Kommunisten wissen das genau so wie wir, trotzdem scheuen sie sich, das einzugehen, weil sie Nachteile für ihre Partei fürchten. Das Ganze nennt sich dann „kommunistische Wahrheit.“

In dem Aufsatz der „Roten Fahne“ ist auch die Behauptung zu finden: „... warum gegenwärtig der Deutsche Landarbeiterverband, Hauptortland, für Prämienlöhne, Akkordlöhnen sich einsetzt.“

Auch hier liegt eine Vergeßlichkeit der Wahrheit vor. Die Berufsvereinigungen des Deutschen Landarbeiterverbandes über die Frage der Prämienlöhne aufmerksam verfolgt hat, wird eingesehen müssen, daß die Organisation sich in wirklichem Sinne geäußert hat. Sie denkt gar nicht daran, die Einführung von Arbeitsmethoden zu begründen, die den Landarbeiter noch schwerer mitnehmen, wie es heute schon der Fall ist.

Mit diesen Ausführungen wollen wir uns begnügen. Sie reichen aus, um zu zeigen, was von den kommunistischen Agitationsmäßen und von der vorzeitigen Arbeiterunmündigkeit zu halten ist. Die Landarbeiter verlässigen sich an ihren Interessen, wenn sie ihr Schicksal in die Hände von kommunistischen Demagogen und Phrasenrednern legen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund

hat, um der unerträglich gewordenen Not in der unteren und mittleren Beamtenschaft zu weichen, in einem dringenden Schreiben von den Fraktionen des Reichstags scharfe Hilfe für die bedrängte Beamtenschaft gefordert. In dem Appell wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag aus wirtschaftlichen, staatspolitischen und moralischen Gründen die unteren und mittleren Beamtensgruppen in die Lage versetzen muß, sich so rasch wie möglich, das heißt noch vor Weihnachten, aus ihrer von Tag zu Tag wachsenden Besorgnis zu befreien. Darüber hinaus fordert der ADB, daß die genannten Beamtensgruppen jetzt endlich einmal fortlaufend solche Beiträge erhalten, die ein menschenwürdiges Dasein zu führen gestatten.

Jeder unvoreingenommene Beobachter konnte schon seit Wochen und Monaten die Notstellung machen, daß in zahlreichen Beamtensgruppen bedenkliche Zerfallerscheinungen aufgetreten sind. Die kleinen Beamtensgruppen können von der Schuldensituation in den unteren und mittleren Beamtensgruppen ein Lied singen. Die Dinge haben infolge der Selbstarrücktritt des Reichsfinanzministeriums nachgerade einen gefährlichen Charakter angenommen. Dazu gesellen sich nun noch die Schwierigkeiten des Winters: Erhöhte Krankheitsraten, Zwang zu vermehrten Ausgaben für Nahrung und Kleidung. Es ist allerhöchste Zeit, daß der Reichstag das Reichsfinanzministerium auf seine Pflicht erinnert und veranlaßt, das der unteren Beamtenschaft angebotene Unkatholischwerden in der Beamtenschaft nicht gebietet. Auch eine Erhöhung des feststehenden Zuschlags von 12 1/2 Prozent, der im November vorigen Jahres bewilligt wurde, auf 20 Prozent würde nicht genügen; eine solche Erhöhung bedeuerte nur eine ganz geringe finanzielle Auflockerung der Gehälter der unteren Beamtensgruppen. Es muß also über eine Erhöhung auf 20 Prozent, wie sie im Sommer von der Reichsmehrheit des Reichstags abgelehnt wurde, erheblich hinausgegangen werden. Kame es zu einer Erhöhung des Zuschlages zum Grund Gehalt auf 30 Prozent, dann würde das Anwartsrecht der Beamtensgruppe III nur um 14 Mark monatlich aufgebessert werden. Es sind also nur geringe Beträge, die selbst bei namhaften Erhöhungen der Zuschläge in Frage kommen.

Das Reichsfinanzministerium kann sich diesmal bestimmt nicht darauf hinaussetzen, daß die Finanzlage den Forderungen des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes im Wege steht. Die Gesamteinnahmen des Reiches betragen in der Zeit vom April bis Oktober 4238 Millionen Mark gegenüber einem Voranschlag von 3996 Millionen Mark. Es ist also gegenwärtig ein Ueberschuß von über einer halben Milliarde Mark vorhanden. Daraus muß nur ein ganz bescheidener Bruchteil genommen werden, um den Forderungen der Beamten entgegenzukommen und löbliche Hilfe zu schaffen. Mit dem Hinweis auf eventuelle Preissteigerungen wird das Reichsfinanzministerium nunmehr nach der Zeit der Preisabbaupolitik nicht wieder kommen dürfen.

Eine allgemeine Textilarbeiter-Versammlung

fand am 17. November im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses statt. Anstelle des am Erscheinen verhinderten Kollegen Schumann-Briegnis referierte Gaufratier Genosse Reichner-Briegnis. Der Kampf des Kapitals gegen die Arbeiterorganisationen, so führte er aus, hat heute Formen angenommen, die sich vor Jahren kein Mensch hätte träumen lassen. Die Arbeiterorganisationen lassen gefeierte Kundenschriften zurück. In denen die Parole ausgegeben wird: „Keinen Fremdy Lohnherhöhung mehr!“ Es wird in ihnen behauptet, durch die hohen Löhne laide die Wirtschaft und die Konkurrenzfähigkeit, und es gelte doch, den Weltmarkt wieder zu erobern. Man zeige Genosse Reichner aber an Hand von in- und ausländischen Produktionsverhältnissen, daß der Gedankengang der Arbeitgeber, „den Weltmarkt wieder zu erobern“, ein ganz irriger ist. Die Dinge liegen heute so, daß zum Beispiel Länder wie Japan, China, Indien, Südamerika und andere eine ganz ungeheure eigene Textilproduktion aufweisen, die sich von Jahr zu Jahr immer noch gesteigert hat. In China, wo die Kinderarbeit noch sehr im Schwange ist, werden hunderttausende Löhne gezahlt. Wenn unsere Unternehmer dort Konkurrenzfähig werden wollten, so müßten bei uns die Löhne auf 30 Prozent pro Tag (!) herabgesetzt werden. Ähnliche liegen die Verhältnisse gegenwärtig in den anderen Ländern. Es muß also auf andere Wege gegen! Wir müssen die Löhne erhöhen, dann gesunden die gesamte Wirtschaft. Nur durch Lohnherhöhungen und Verbilligung der Lebensmittel können die Arbeiter wieder konkurrenzfähig werden. Eingehend behandelte Genosse Reichner das Zolltariffwesen. Durch unsere unglückselige Zollpolitik haben wir uns nur noch mehr auf dem Weltmarkt abgeprezt und isoliert. Lohnherhöhungen sind nur zu regelmäßig mit einer gut geschulten und disziplinierten Arbeiterkraft, die auch etwas weiß von modernen Wirtschaftsproblemen. Die Arbeitgeber geben heute schon so weit, die Befreiung der Sozialversicherung zu fordern. Kollegen und Kolleginnen, es gibt das Ertränge zu halten! Wir haben etwas erreicht, und wir haben auch etwas zu verdrängen! Vor allen Dingen gilt es, die vielen Arbeiterherren zu erschaffen. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband ist für die in der Textilindustrie Be-

schäftigten der Fäbrik, der durch Ertränge angemessener Löhne und Arbeitsbedingungen unsere Kaufkraft hebt. Damit bildet die Berufsorganisation eine wichtige Lebensgrundlage. — Eine Arbeiterkraft, die nicht wachsam ist, sondern gleichgültig und zersplittert besteht, wird an die Wand gedrückt. Die Arbeitgeber stehen uns in nordischer Einigkeit und Geschlossenheit gegenüber. Textilarbeiter und Arbeiterinnen, laßt von ihnen! Die Unternehmer dulden keinen Ungehörigen und damit keinen Feind ihrer Sache im eigenen Lager. Ihr Unorganisiertes, wollt ihr denn noch länger abseits stehen und die anderen für euer Wohlergehen kämpfen lassen? Nein, das darf nicht sein! Es gilt, gerüstet zu sein und die Berufsorganisation in jeder Hinsicht zu stärken!

Nach einer kurzen, freien Aussprache, an der sich in der Hauptsache die Kollegin Rudolf beteiligte, nahm Kollege Güttler das Wort zu einem kernigen Schlussspruch an die zahlreich Versammelten, und mit einem dreifachen Hoch auf den Verband endete der anregende Abend.

Nachdem des Berliner Hochbahn-Schiedsrichters. Die am Dienstag bewendete Abstimmung der Angehörigen der Berliner Hochbahn- und Omnibus-Gesellschaft brachte die Ablehnung des Streiks; die für den Streik erforderliche Dreiviertelmehrheit wurde nicht erreicht. Die Schiedsprüche werden also angenommen.

Wirtschaft.

Die Auzenpatrioten.

Das Adelskonjunktium der Giesche.

Um sich ein Bild davon zu machen, wie sehr der neue Fall Giesche die Träger deutsch-nationaler Politik kompromittiert, muß man einmal die „Auzenpatrioten“ Namen an sich vorübergehen lassen, die als Anteilseigner der Giesche-Gewerkschaft für deren Geschäftsgebarung einschließliche aller Auslieferung der deutschen Zinsverträge ans maritaniische Kapital verantwortlich zeichnen. Die Liste der Gesellschafter der Gewerkschaft von Giesches Erben setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

1. Friedrich Freiherr von Richthofen auf Jacobsdorf, Rittergutsbesitzer.
2. Friedrich Karl Maue gen. von Schmidt auf Gutsrau, Major a. D. und Rittergutsbesitzer.
3. Freiherr Wilhelm von Kottwitz, Sprottau, Landrat a. D.
4. Dr. Eduard von Eichhorn, Breslau, Bankier.
5. Friedrich Bernhardt, Commerzdorf bei Jülichau, Geh. Bergrat.
6. Günther Graf von Adern, Brieg, Landrat a. D.
7. Friedrich von Richthofen, Ruchelsberg bei Liegnitz, Landesälteste.
8. Dr. Kurt von Vietes und Wilm, Breslau, Landrat a. D.
9. Cäsar von Hattenberg und Proskitz, Breslau.
10. Friedrich Graf von Carmer, Nützen, Kr. Gutsrau, Majoratsbesitzer.
11. Hans Walter von Teichmann und Lehnshau, Dombrowa bei Posen, Landesälteste.
12. Hugo Ganske, Breslau, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Präsident der Anstaltungskommission.

Außer dem „Gadmann“, Geh. Bergrat Bernhardt, der in Commerzdorf kaum einen anderen Beruf als den des Rittergutsbesitzers haben dürfte, und dem Präsidenten a. D. Ganske, der ein bekannter Deutschnationalist ist, sitzen also nur Vertreter des schlesischen Adels im Repräsentantenkollegium der Gesellschaft, nämlich: 2 Grafen, 2 Freiherren und 7 „gewöhnliche“ Wäpge, die aber meistens als „Landesälteste“ Vertrauensleute der Justiz ihres Kreises sind.

Nebrigens ist auf die Anfragen des Genossen Keil im Reichstag über die umfangreichen Steuerhinterziehungen der Gesellschaft während des Krieges und nachher die Staatssekretär Popitz damals zugelegte Nachprüfung bisher niemals an die Öffentlichkeit gekommen, obgleich die Gesellschaft das sehr genaue Material von Keil mit feinem Wörtchen in der Öffentlichkeit zu befreiten wagte.

Preussische Ausführungsbestimmungen zum Aufwertungsgefez.

Zusammenfassend wird mitgeteilt, daß folgende Ausführungsbestimmungen zum Aufwertungsgefez für Preußen erlassen seien: Verordnungen: 1. Ueber das Kostenwesen 28. Juli 1925, über das Beschwerdegericht 27. August 1925, über Aenderungen der Gerichtskosten 31. August 1925, Verfügungen: Ueber die geschäftliche Behandlung der Aufwertungsachen 26. August 1925, über die Verwendung von Vorstrafen 16. September 1925, über einen Aufwertungsstufus 16. September 1925, über Eintragungen im Grundbuch 5. Oktober 1925, über den Aufwertungsstufus 10. Oktober 1925, über den Bestand der ausgewerteten Hypotheken 15. Oktober 1925, über Mittelungen an das Ausland 17. Oktober 1925.

Der Reichsrat über die Aufwertung von Pfandbriefen.

Im Reichsrat wird gegenwärtig die Verordnung über die Aufwertung der Hypothekenspfandbriefe erörtert. Eine Reihe von Verordnungen über Pfandbriefe, über Obligationen usw. sind vorbereitet, weitere sollen folgen. Das der Reichsrat ist zu entnehmen, daß die Banken Publikumsverpflichtungen über den Status der Teilungsmasse haben, daß die Verwaltungskosten auf den gefällig zugelassenen Höchstbetrag von 10 Prozent errechnet sind. Die Zinszahlung soll jährlich erfolgen, um die technischen Unkosten zu verringern. An Stelle der geforderten, uneingeschränkten Ablösbarkeit der Hypotheken ist die beschränkte Ablösbarkeit getreten.

Die Braumweinerzeugung im Oktober 1925.

Im Oktober 1925 wurden hergestellt: 80.449 Hektoliter; die Bestände der Monopolverwaltung betragen bei Beginn des Monats 1.225.956, bei Schluß des Monats 1.100.556 Hektoliter. Der Gesamtumfang betrug 75.212 Hektoliter und der Gesamtumfang 200.612 Hektoliter.

Was könnte für den Wert dieses Materials an nützlicheren Dingen nicht alles geschaffen werden?

Bevorstehende Erhöhung der Eisenbahntarife in Rumänien.

Mit dem 1. Januar 1926 werden die rumänischen Eisenbahnen als autonomes Institut ein völlig selbständiges Budget haben. In den kürzlich fertiggestellten Verwaltungsvorbereitungen wurde eingehend das Problem der Güter- und Personentariferhöhungen besprochen. Der gesamte Gütertarif wird einer Neuordnung unterzogen, wobei Tarifierhöhungen und -Erhöhungen eintreten.

Finlands aktive Handelsbilanz.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres betrug der Wert der eingeführten Waren 3.749.000.000 finnische Mark, der der ausgeführten 4.145.000.000 finnische Mark. Der Exportüberschuß betrug 396 Millionen Mark. In demselben Zeitraum des Jahres wies die Handelsbilanz einen Importüberschuß von 128 Millionen finnische Mark auf. Diese ungewöhnliche Belastung der Handelsbilanz ist in der Hauptsache auf die Ausfuhr von Holz und Holzprodukten zurückzuführen.

